



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

18. April 2023

1. Mai +++ Wem gehört die Stadt? +++ Projekt RLS-Cities +++ Neue Studien zur Mietentwicklung +++ Inklusion auf Abwegen +++ Rothenburgsort im Bauboom +++ PUA zum NSU +++ Tag der Befreiung +++ »Tage des Exils«



Liebe Leserinnen und Leser,

wir alle legen wohl manchmal einen Artikel beiseite, um ihn »später« zu lesen oder erst mal nur »aufzubewahren«. Nehmen wir diesen Schnipsel aus einer Ausgabe der taz. Von wann nur datiert das Teil?

Eins ist klar, alarmierend war der jüngste, am 20. März 2023 vorgelegte Bericht des Weltklimarats allemal. Lapidar heißt es im Abschlussdokument: »Das Tempo und der Umfang der bisherigen Maßnahmen sowie die aktuellen Pläne sind unzureichend, um den Klimawandel zu bekämpfen.« Bereits jetzt habe sich die Erde um 1,1 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau erwärmt, und schon heute sind wir mit vermehrten Extremwetterlagen rund um den Globus konfrontiert.¹ Was droht, wenn die Erderwärmung um deutlich mehr als 1,5 Grad steigen würde, hat Mitte vergangenen Jahres ein Forschungsteam der HCU berechnet: Bis zu 10.000 Quadratkilometer in Norddeutschland wären im Jahre 2100 dauerhaft

überspült.² Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, welche Verheerungen der Meeresspiegelanstieg vor allem für die Länder des Südens zur Folge hätte. Bangladesh z.B. hat 170 Mio. Einwohner:innen und steht bereits heute zu einem Drittel unter Wasser.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was die Freie und Hansestadt Hamburg eigentlich unternimmt, um sich der drohenden Klimakatastrophe entgegenzustellen. Ein gutes Gefühl haben diesbezüglich wohl nur die Hardliner:innen aus der Senatskoalition. Nehmen wir nur einmal die Planungen für die neue U5. Der Hamburger Klimabeirat hat seine Kritik noch recht moderat formuliert: Mit einer Bauzeit von ca. 20 Jahren stelle sich die Frage, so die Stellungnahme vom 30. Januar 2023, »ob die U5 die angemessene Antwort auf die Dringlichkeit für mehr Klimaschutz und eine schnellwirksame Verkehrswende darstellt. Bundesweit, aber auch in Hamburg verfehlt der Sektor Verkehr deutlich die

¹ www.zdf.de/nachrichten/panorama/weltklimarat-bericht-klimawandel-100.html.

² www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Fluten-in-Hamburg-Was-Forscher-erwarten,flut238.html.

notwendigen Einsparziele.«³ Und auch, wenn es schon wieder ein paar Tage her ist, wie viel graue Energie wurde alleine durch den monatelangen Abriss der City-Hochhäuser verpulvert, obwohl der Komplex sanierungsfähig gewesen wäre? Laut Umweltbundesamt stammen »mittlerweile 53 Prozent des Mülls und 40 Prozent des Energieverbrauchs und der Treibhausgase in Deutschland aus dem Baubereich.«⁴ Von einer Zeitenwende in der ressortübergreifenden Klimapolitik sind wir auch in Hamburg meilenweit entfernt. »Wir alle gehören zur ersten Generation, die die Folgen der Erderhitzung spürt. Wir sind die Generation, die es so weit hat kommen lassen«, heißt es in einem von mehr als 400 Politiker:innen und Wissenschaftler:innen unterzeichneten und am 6. April veröffentlichten Offenen Brief an Olaf Scholz. »Und wir gehören zur letzten Generation, die aufhalten kann, was uns droht: der globale Verlust unserer Kontrolle über die menschengemachte Klimakrise.«⁵

Auf unserer Fraktions-Jahresklausur haben wir uns einen Tag lang mit der von der LINKEN verfolgten sozial-ökologischen Transformation beschäftigt. Wir konnten dabei auf die hohe Kompetenz von Mark Roach setzen (German Zero)⁶, der über den Tag deutlich machte, dass Gesellschaft, Politik und auch DIE LINKE mehrere Schläge zulegen müssen. Erst im Februar 2023 ist die »Weltuntergangsuhr« vorgestellt worden,

³ www.klimabeirat.hamburg/resource/blob/657078/c418bf9ff6dc8034e-a35a0f871d36087/d-stellungnahme-01-2023-data.pdf.

⁴ www.abendblatt.de/hamburg/article216157621/Wie-Gebaeude-abrisse-in-Hamburg-das-Klima-ruinieren.html.

⁵ <https://innn.it/USEREGENERATIONUNSERJOB>.

⁶ »GermanZero e.V. kämpft dafür, dass Deutschland seine Zusage im Weltklimaabkommen von Paris 2015 einhält, die Erderhitzung auf 1,5 Grad zu begrenzen.« Mehr zu dieser Organisation unter https://germanzero.de/jetzt-spenden?utm_source=google&utm_medium=cpc&utm_campaign=01_Brand&gclid=EAIAIQobChMI_KTPkJWs_gIV2YuDBx0vCQ-QvEAAAYASAAEgLpw_D_BwE.

sie steht nun anderthalb Minuten vor Mitternacht und damit so dicht vor einem globalen Kollaps wie nie zuvor.⁷

Für uns ist klar, »Gerechtigkeit und Klima müssen zusammenkommen«, wie Naomi Klein das kürzlich in einem Interview einmal mehr unterstrich.⁸ Dass der Senat den 1,5-Grad-Schritzug auf der Mönckebergstraße duldet, ist ja ganz okay. Aber er hätte wahrlich Wichtigeres zu tun, als nun gerade die Ärmsten aus der City zu verdrängen, wie Kaija Kutter das kürzlich in der taz aufspießte: »Wer betteln will, muss stehen.«⁹

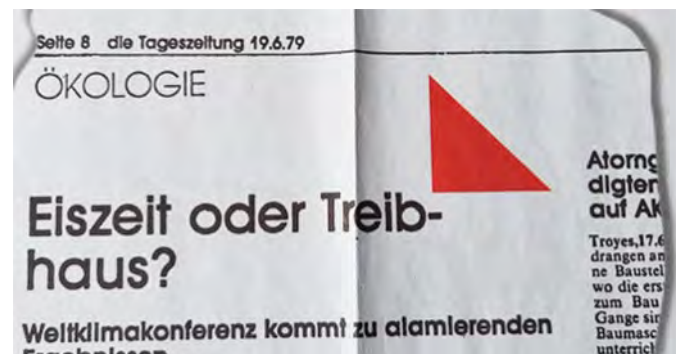
Bleibt noch die Lösung unseres Rätsels vom Anfang. Und die Frage, was in den letzten 44 Jahren (!) eigentlich alles (nicht) passiert ist?

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Hanno Plass und Michael Joho

⁷ www.ingenieur.de/technik/fachbereiche/rekorde/weltuntergangsuhr-zweieinhalb-minuten-zwoelf-vorgerueckt/#:~:text=2023%20tickt%20sie%20besonders%20laut,wir%20einer%20globalen%20Katastrophe%20n%C3%A4her.

⁸ www.freitag.de/autoren/the-guardian/naomi-klein-gerechtigkeit-und-klima-muessen-zusammen-gedacht-werden.

⁹ <https://taz.de/Polizei-vertreibt-Bettler-aus-Innenstadt!/5921450/>.



Am 1. Mai für eine gerechte und friedliche Zukunft



Im diesjährigen Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zu den **Maidemonstrationen** wird ein deutliches Zeichen »für einen starken Sozialstaat und eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge« gesetzt. Unter dem Motto »Ungebrochen solidarisch« sollen vorrangig das gemeinsame Wirken der Beschäftigten für den sozialen Wandel, die überfällige Klima- und Energiewende und der Kampf für eine friedliche und sichere Zukunft thematisiert werden. Den kompletten Aufruf gibt es hier: <https://hamburg.dgb.de/++co++3283fb3c-cf08-11ed-9c1b-001a4a160123>.

1. Mai in Hamburg: Auftakt 10.30 Uhr,
U-Bahn Straßburger Straße; **Demo**
11.00 Uhr, U-Bahn Straßburger Straße;
Kundgebung 12.00 Uhr, Bert-Kaempfert-
Platz in Barmbek (Museum der Arbeit)

1. Mai in Bergedorf: Demo 10.00 Uhr,
Lohbrügger Markt, Bergedorf; **Kundgebung**
11.00 Uhr, Rathauspark, Bergedorf

1. Mai in Harburg: Demo 10.00 Uhr,
Harburger Rathausplatz, **Kundgebung**
11.00 Uhr, Harburger Rathausplatz

Der DGB gedenkt in diesem Jahr im Übrigen auch der **Besetzung des Gewerkschaftshauses durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933**. Genau 90 Jahre danach, also am **Dienstag, den 2. Mai**, gibt es um 17.00 Uhr erst eine kleine Gedenkveranstaltung vor dem Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60) mit der DGB-Vorsitzenden Tanja Chawla, um 18.00 Uhr folgt eine historisch orientierte Veranstaltung, auf der Michael Joho (Geschichtswerkstatt St. Georg) und Knud Andresen (Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg) über die Bedeutung des Gewerkschaftshauses vor 1933 und die Besetzung am 2. Mai 1933 und deren Folgen berichten. Die Veranstaltung findet im KLUB statt (Besenbinderhof 62), hat aber nur begrenzte Kapazitäten (<https://hamburg.dgb.de/veranstaltungen/+co++9a000882-d462-11ed-bfdc-001a4a160123>).

Traditionell vor dem 1. Mai lädt die **Linksfraktion** in der Hamburgischen Bürgerschaft ein zum **Gewerkschafter:innenempfang**. Dafür ist am **Donnerstag, den 27. April**, ab 18.00 Uhr der Musiksaal im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 57a) gebucht worden. Sprechen werden an diesem Abend David Stoop, der gewerkschaftspolitische Sprecher der Fraktion, sowie Ulrike Eifler, Bundessprecherin der AG Betrieb & Gewerkschaft DIE LINKE. Thematisch steht die Situation der Kolleg:innen in den Kitas, in den Krankenhäusern und im öffentlichen Dienst im Mittelpunkt. Eine Anmeldung per E-Mail an: veranstaltungen@linksfraktion.hamburg.de ist erwünscht (www.linksfraktion-hamburg.de/termine/gewerkschafterinnen-empfang-2023/).

Und schließlich sei auch noch der alternative **Maiumzug des Bündnisses »Wer hat, der gibt«** und der **Interventionistischen Linken** erwähnt. Kompatibel mit den DGB-Aktivitäten startet er unter der schönen Parole »Klassensturz statt Kassensturz« am besagten 1. Mai um 13.00 Uhr am U-Bahnhof Eppendorfer Baum (<https://werhatdergibt.org/>).



**Klatschen war
gestern:
Mehr Personal
und
faire Löhne!**

**Gewerkschaftsempfang
27.04.2023**



Triumphalische Besetzung des Hamburger Gewerkschaftshauses am 2. Mai 1933 (Quelle: M. Joho [Hrsg.]: 100 Jahre Hamburger Gewerkschaftshaus [1906–2006], Hamburg 2006, VSA: Verlag, S. 95)

Wem gehört die Stadt?

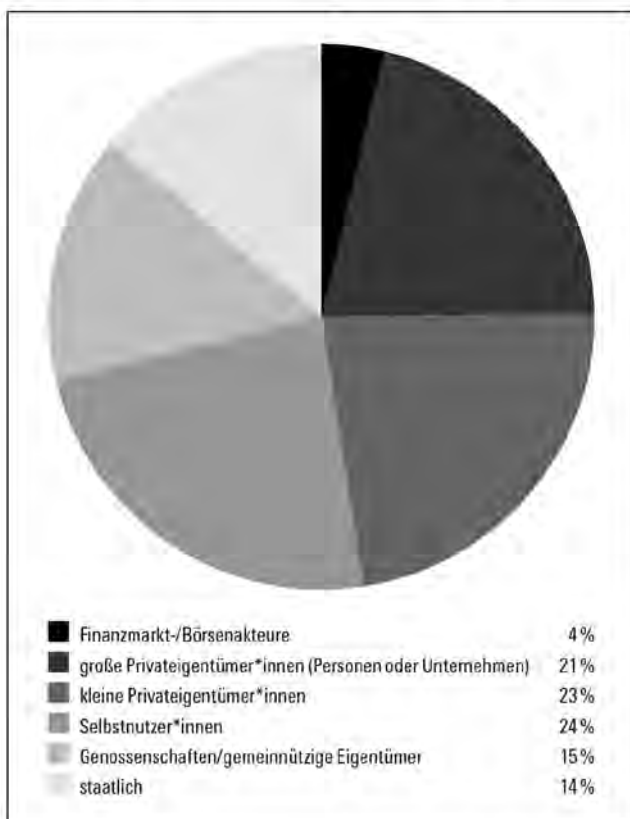
(Immobilien-) Eigentum verpflichtet – auch zu Transparenz

Von Heike Sudmann

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat für sechs deutsche Städte, darunter auch Hamburg, versucht, Licht in das Dunkel der Eigentumsverhältnisse zu bringen. Während in Frankreich z.B. die Daten aller Immobilieneigentümer:innen im Internet öffentlich zugänglich sind, ist in Deutschland das Grundbuch ein Buch mit vielen Siegeln.

Die am 30. März veröffentlichte, 43-seitige RLS-Studie »Wem gehört die Stadt« (www.rosalux.de/publikation/id/49719/) zeigt nicht nur die dunklen Flecken auf, sondern betont auch die Wichtigkeit der Informationen über die Verteilung von Wohneigentum und die wichtigsten Eigentümer:innen von Wohnimmobilien. Wichtig sind die Informationen, weil diese Eigentümer:innen auf die Entwicklung der Mieten in Hamburg großen Einfluss haben, ohne dass sie bekannt und z. B. für die Politik ansprechbar sind.

Abbildung 4: Illustration der aktuellen Eigentümerstruktur in Hamburg (Stand: 2021)



Quelle: eigene Darstellung, basierend auf der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 und weiteren Daten (siehe Anhang 1 zur Methode)



Download unter www.rosalux.de/publikation/id/49719

Anders als viele glauben (machen wollen), gibt es in Hamburg neben den knapp 270.000 genossenschaftlichen und städtischen Wohneinheiten (WE) nicht nur viele »kleine« Eigentümer:innen von ein oder zwei Wohnungen, sondern auch zig Zehntausende Wohnungen, die großen Eigentümer:innengruppen gehören. Hier einige Beispiele:

- Schätzungsweise über 20.000 WE in Hamburg werden von großen börsennotierten Wohnungsunternehmen gehalten (Vonovia 11.000 WE, TAG AG 7.000 WE in Hamburg und Schleswig-Holstein, Heimstaden/Ex-Akelius 3.500 WE).
- Vier Unternehmen (mit insgesamt 16 Eigentümer:innen), zählen 6.000 WE zu ihrem Bestand: Frank, Robert Vogel, Potenberg und Nordelbe.
- Zur Adler Group gehören ca. 3.000 WE in Hamburg.
- Coivivio Immobilien GmbH hat knapp 2.400 WE.
- Grand City Properties besitzt 1.700 WE.

Wo liegt das Problem?

Soweit bekannt bzw. ermittelbar liegen die Mieten dieser Eigentümer:innen-Gruppen deutlich höher als die bei SAGA und Genossenschaften. So haben die vier Unternehmen Frank, R. Vogel, Potenberg und Nordelbe ausweislich ihrer Geschäftsberichte nach Abzug aller Kosten und Investitionen im Corona-Jahr 2020 Gewinne von zusammen über 11 Mio. Euro eingefahren. Nach dem Grundsatz »Eigentum verpflichtet«, der im Grundgesetz festgeschrieben ist, sind die Eigentümer:innen zu

fragen und zu überprüfen, ob sie einen entsprechenden verantwortungsvollen Umgang mit ihren Wohnungen betreiben. Und natürlich sind dabei die Renditen/Gewinne ein wichtiges Indiz. Doch wenn gar nicht bekannt ist, wem wie viele Wohnungen gehören, lässt sich auch nichts überprüfen.

Grundbücher öffentlich zugänglich machen

Für die Einschätzung, welche politischen Maßnahmen sinnvoll und effektiv im Kampf gegen den rasanten Mietenanstieg sind, braucht es Informationen und Transparenz. Wem gehören die Wohnungen, wer hat welchen Einfluss, wie wirken sie sich auf den Mietenspiegel aus?

DIE LINKE will für Hamburg und den Bund daher erreichen, dass die Grundbücher öffentlich zugänglich werden, dass Verschleierungen der wahren Eigentumsverhältnisse (der »wirtschaftlich Berechtigten«) nicht mehr möglich sind. Ganz im Sinne des Grundgesetzes und der Maxime, »Eigentum verpflichtet«. Und natürlich werden wir weiterhin die Volksinitiative »Hamburg enteignet« unterstützen. Denn auch die orientiert sich mit ihrem Vorschlag der Vergesellschaftung von Wohnungsbeständen mit mehr als 500 Wohnungen von profitorientierten Eigentümer:innen am Grundgesetz.



Pressekonferenz der Linksfraktion zur Vorstellung der RLS-Studie am 30. März, von li. nach re.: Ralf Dorschel (Pressesprecher), Hanno Hinrichs (Volksinitiative Hamburg enteignet), Stefan Thimmel (RLS), Heike Sudmann (Linksfraktion) und Christoph Trautvetter (Autor) (Foto: M. Joho)

Projekt RLS-Cities. Wem gehört die Stadt?

Die Hintergründe und den politisch-methodischen Ansatz der neuen Studie hat Stefan Thimmel, RLS-Referent für Wohnungs- und Stadtpolitik, erläutert. Wir übernehmen hier einen Teil von der betreffenden Website (www.rosalux.de/publikation/id/49719#pk_campaign=adb).

[...] Im Projekt »RLS-Cities. Wem gehört die Stadt?« der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird diese Arbeit seit inzwischen über vier Jahren geleistet. Nach vielen durchgeführten Recherche- und Informationsveranstaltungen liegt jetzt nach »Profitmaximierer oder verantwortungsvolle Vermieter? Große Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin im Profil«, »Wem gehört die Stadt? Analyse der Eigentümergruppen und ihrer Geschäftspraktiken auf dem Berliner Immobilienmarkt« und »Keine Transparenz trotz Transparenzregister. Ein Recherchebericht zu Anonymität im Berliner Immobilienmarkt« mit **»Wem gehört die Stadt? Teil 2. Eigentümergruppen und ihre Geschäftspraktiken in sechs deutschen Städten« die vierte ausführliche Studie zu dieser Schlüsselfrage** vor.

Diese neue Studie baut auf vielfältigen Vorarbeiten auf und nutzt die für die Analyse Berlins angewandte Methodik für eine Untersuchung von und für den Vergleich mit sechs weiteren deutschen Städten, und ordnet die Ergebnisse in den europäischen Kontext ein. Bei diesem Vergleich wird sehr deutlich, dass die vorherrschende Meinung, die Mehrheit des Mietwohnungsbestands gehöre Kleinvermieter:innen, die eine oder nur ganz wenige Wohnungen zur eigenen Altersvorsorge bewirtschafteten, nichts mit der Realität in den untersuchten Städten zu tun hat. Stattdessen haben in den vergangenen Jahren profitorientierte Wohnungsunternehmen, Finanzinvestoren und insbesondere Immobilienmillio-



när:innen und -milliardär:innen einen immer größeren Teil der Mietwohnungen aufgekauft. Die fortgeschrittene Konzentration des Wohnungseigentums erklärt die »wirtschaftliche Dynamik«, die sich in immer höheren Mieten und der



Verdrängung einkommensarmer Menschen aus den Städten niederschlägt. Und sie zeigt, dass eine Lösung der Wohnungskrise auch an den Eigentumsverhältnissen ansetzen muss. Auch vor diesem Hintergrund kann die anhaltende Unterstützung für das erfolgreiche Berliner Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co enteignen« nicht überraschen.

Trotz dieser intensiven akribischen Recherchen bestehen aber nach wie vor erhebliche blinde Flecken, wenn es um die Frage geht: »Was gehört eigentlich wem?« Das ist aber, wie oben erwähnt, nicht verwunderlich, da der deutsche Immobilienmarkt zu den undurchsichtigsten Märkten in ganz Europa gehört. Die große Unbekannte unter den Vermieter:innen sind Immobilienmilliärdär:innen und -millionär:innen, die ihr Vermögen oft in undurchsichtigen Firmenkonstruktionen und Familienstiftungen verstecken. So bleibt die Forderung nach Immobilientransparenz zentral, um die wohnungspolitische Debatte zu versachlichen und echte Lösungswege aufzuzeigen. Drei wichtige Schritte in diese Richtung sind die Reform des Transparenzregisters von 2021, journalistische und wissenschaftliche Bemühungen, mit den bestehenden Daten für mehr Transparenz zu sorgen, und schließlich das Versprechen in den Koalitionsverträgen auf Bundesebene und in Berlin, mit besseren Registern für mehr Transparenz zu sorgen. Es bleibt eine wichtige politische Aufgabe, der sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit ihrem Projekt »Wem gehört die Stadt?« auch weiterhin stellen wird. Es gilt weiter Druck zu machen, damit diese Versprechen eingelöst werden.

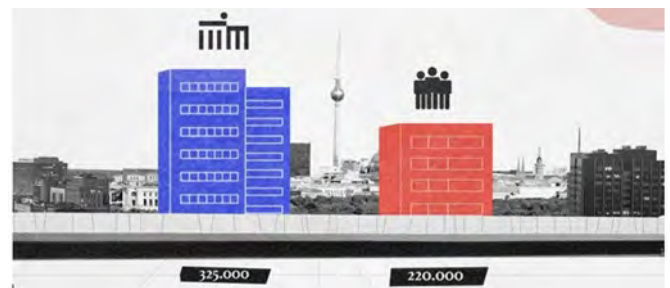
Autor:innen der Studie:

Christoph Trautvetter ist externer Projektleiter des Projekts »RLS-Cities. Wem gehört die Stadt?« der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Public-Policy-Experte und Referent des Netzwerks Steuergerechtigkeit. Er arbeitet daran, die Mehrheit der ehrli-

chen Steuerzahler:innen und Mieter:innen gegen die Minderheit der Steuervermeider:innen sowie aggressive Immobilieninvestoren und Profiteure von illegitimen Finanzströmen zu mobilisieren. Er hat u.a. als forensischer Sonderprüfer für die KPMG AG, im Haushaltsausschuss des Europaparlaments und als Fellow bei Teach First Deutschland gearbeitet. Christoph Trautvetter hat einen Master of Public Policy von der Hertie School of Governance und einen Bachelor of Arts (Philosophy & Economics) von der Universität Bayreuth.

Sarah Knechtel lebt in Leipzig, studiert Geografie und Politikwissenschaften an der Universität Halle-Wittenberg. Das Thema ihrer Bachelor-Arbeit sind Entmietungspraktiken privater Immobilieneigentümer:innen, die sie anhand eines konkreten Beispiels in Leipzig untersucht. Privat, politisch und wissenschaftlich sind ihre Interessenschwerpunkte der Kampf von Mieter:innen gegen Verdrängung, Wohnungspolitik, der Strukturwandel in Leipzig und Sachsen sowie die kritische Stadtgeografie. Sie war als externe Mitarbeiterin beteiligt an Recherchen für das Projekt »Wem gehört Leipzig?«.

Wer übrigens die Frage »Wem gehört die Stadt?« in vier Minuten beantwortet haben möchte, sollte sich diesen Spot anschauen: www.rosalux.de/dossiers/wohnen-ist-ein-menschenrecht/wem-gehört-die-stadt.



Neue Studien zur Mietenentwicklung

Von Michael Joho

Manchmal fällt es schwer, angesichts der Flut von Materialien, Analysen und Programmen zur Mieten- und Wohnungsproblematik auch nur halbwegs den Überblick zu bewahren. Dennoch haben wir uns in den letzten Jahren bemüht, regelmäßig wenigstens die wichtigsten Neuerscheinungen zu würdigen. So soll es auch für diese Ausgabe geschehen.

Am 31. März hat das Statistische Bundesamt (Destatis) auf der Basis einer **Mikrozensus-Zusatzerhebung zur Wohnsituation im Jahre 2022** die neuesten Daten zur Belastung der bundesdeutschen Haushalte durch die Wohnkosten vorgelegt (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_129_12_63.html). Die wichtigsten Erkenntnisse sind dankenswerterweise gleich zu Beginn der betreffenden Pressemitteilung aufgelistet:

- Haushalte wendeten 2022 durchschnittlich 27,8% ihres Einkommens für die Miete auf
- Überdurchschnittlich hohe Mietbelastungsquote für nach 2019 eingezogene Haushalte, Einpersonenhaushalte sowie Haushalte in Großstädten
- 3,1 Millionen Haushalte hatten eine Mietbelastung von 40% und mehr
- 1,5 Millionen Haushalte gaben sogar mindestens die Hälfte ihres Einkommens für Nettokaltmiete und verbrauchsunabhängige Betriebskosten aus
- Bruttokaltmiete je Quadratmeter bundesweit im Schnitt bei 8,70 Euro.

Das Hauptproblem bei solchen Zahlen ist immer, dass sie einen Durchschnittswert angeben. Durchschnittliche Mietkosten von 27,8% des Haushaltsbudgets klingen vergleichsweise gut. Doch genauer betrachtet gilt auch hier: Je weniger Geld im Portemonnaie ist, desto größer sind die Belastungen durch die Miet- und dazugehörigen Nebenkosten. Und so meldet Destatis, dass rund 1,5 Mio. Mieter:innenhaushalte im Jahre 2022 eine Mietbelastung von 50% und mehr zu bewältigen hatten. Etwa 1,6 Mio. weitere Haushalte mussten für die Bruttokaltmiete immer noch 40 bis 50% aufwenden. »Insgesamt hatten somit 16% aller Haushalte, die zur Miete wohnten, eine Mietbelastung von mehr als 40%.« Besonders belastet übrigens sind die Einpersonenhaushalte mit einer durchschnittlichen Mietbelastungsquote von 32,7% und Großstadtbewohner:innen mit einem Wert von 28,9%. Wer sich für die jeweils aktuellen Destatis-Zahlen aus dem Wohnungs- und Mietenbereich interessiert, sollte sich diese Webseite merken: www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Wohnen/_inhalt.html.



Neue auf Hamburg und sein Umland bezogene Daten lieferte erst vor wenigen Tagen die LBS Bausparkasse Schleswig-Holstein-Hamburg. Seit 2011 legt die LBS in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Forschungsinstitut FUB IGES Wohnen+Immobilien+Umwelt GmbH (zuvor F+B) alle zwei Jahre einen Bericht über die Entwicklung des Marktes für Ge-

brauchtimmobilien, Neubauten und Grundstücke im Großraum Hamburg vor. Die Kernaussagen des neuen »**LBS-Immobilienmarktatlases 2023**« (file:///D:/Benutzer/Michael%20Joho/Downloads/Immoatlas_HH_2023_HighRes_DIG-1.pdf) spiegelt sich eigentlich vor allem in den beiden nachfolgenden Kurvengrafiken wider (S. 7 und 17):

Abb. 1.4 Preisentwicklung 2013 bis 2023: Bestandsimmobilien

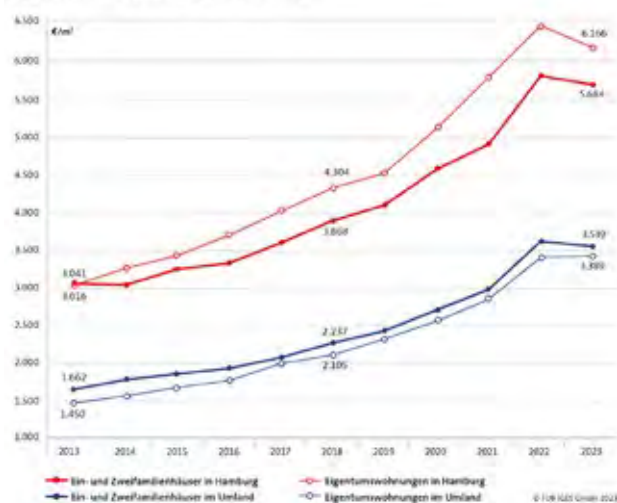
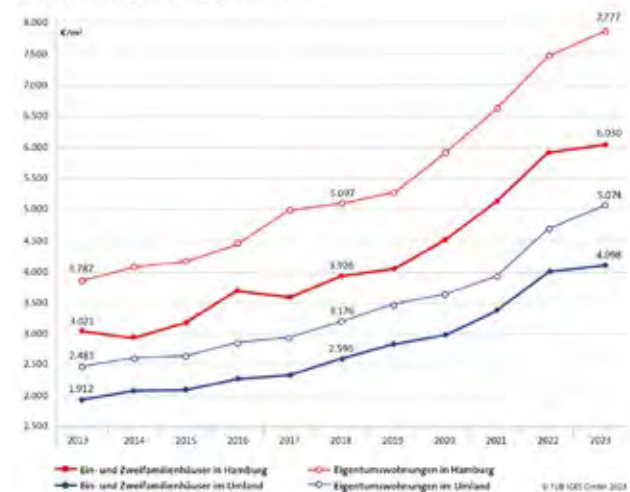


Abb. 2.4 Preisentwicklung 2013 bis 2023: Neubaumobilien



Gemeinsam ist der Preisentwicklung sowohl bei den Bestands- wie auch den Neubauimmobilien, dass sie zwischen 2013 und 2023 rasant angestiegen ist und sich die Werte in gerade mal einem Jahrzehnt in etwa verdoppelt haben. Auffällig ist vor allem zweierlei: Zum einen liegen die aktuellen Werte für Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen in Hamburg (rote Linien) im Bestand bei 5.684 bzw. 6.166 Euro je Quadratmeter, im Neubau fallen die Werte mit 6.030 bzw. 7.777 Euro noch einmal erheblich höher aus. Zum anderen, und das geht dieser Tage ja häufig durch die Presse, haben die Preise bei Bestandsimmobilien im vergangenen Jahre einen Knick nach unten erfahren, während die Preise für Neubauimmobilien immer noch nach oben gehen, wenn auch etwas abgeschwächt. Um Mieten geht es in dieser 50-seitigen Analyse nicht, aber die Erfahrung lässt zumindest ein wenig hoffen, dass Bestandswohnungen insgesamt im Preisdurchschnitt (!) auf Dauer wieder etwas zurückgehen. Den Haushalten mit wenig Einkommen hilft das aber angesichts des hohen Mietniveaus nicht.

Und dann haben wir da noch die Ergebnisse der Studie **»Hamburger Verbraucherschutz-Pegel. Wohn- und Mietkosten in Zeiten der Energiepreiskrise«**. Die repräsentative Umfrage zu den Hamburger Verhältnissen ist – keineswegs überraschend – so dramatisch ausgefallen, dass wir hier einfach mal einige Zeilen aus der Pressemitteilung der Auftraggeberin, der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, vom 27. März (www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/17010128/2023-03-27-bjv-hamburger-verbraucherschutzpegel/) zitieren: »Aufgrund der Teuerung spüren fast fünf von zehn Mieter:innen in Hamburg wirtschaftliche Probleme, ein knappes Drittel sogar mittlere bis eher starke. Dabei fallen die Erhöhungen der Kaltmieten und der Nebenkosten für sich allein genommen teilweise noch verkraftbar aus. Problematisch kann es vor allem dort werden, wo beide Erhöhungen zusammenkommen. Dies ist bei 45 Prozent der Befragten der Fall. Der Anteil der Indexmietverträge liegt in Hamburg bei insgesamt 17 Prozent. Bei den Jüngeren (18–34 Jahre) liegt der Anteil wesentlich höher. Aufgrund der

allgemeinen Teuerung scheinen solche Verträge eine besondere Rolle einzunehmen, da hier deutlich häufiger Mietrückstände zu verzeichnen sind als bei anderen Mietverträgen. [...] Bei 5 Prozent aller Befragten bestehen Mietrückstände. Bei Personen mit niedrigem Einkommen sind es 9 Prozent, bei Personen, die 50 Prozent oder mehr des Haushaltsnettoeinkommens für die Kaltmiete aufbringen, sind es 14 Prozent. Auffällig hohe Anteile von Haushalten mit Mietrückständen zeigen sich bei Indexmietverträgen (15 Prozent) und bei den Staffelmietverträgen (10 Prozent).« Wer die ganze 13-seitige Studie lesen möchte, schaut hier: www.vzhh.de/media/4902. Und als Vorgeschmack unten stehende Grafik zu den Mieterhöhungen in Hamburg 2022/2023.

Die gemeinsame Botschaft auch dieser jüngsten Berichte unterstreicht die zugespitzte, genauer: die sich weiter zuspitzende Situation auf dem Wohnungsmarkt für die Menschen mit wenig oder auch mittlerem Einkommen. »Mieten steigen, Kaufkraft sinkt!« – so hat das die »Hamburger Morgenpost« kürzlich auf den Punkt gebracht (www.mopo.de/hamburg/mieten-steigen-kaufkraft-sinkt-so-weit-klafft-die-schere-in-hamburg-auseinander/).

Und um einen draufzusetzen sei hier noch auf eine Pressemitteilung von Foodwatch vom 16. März verwiesen (www.foodwatch.org/de/pressemittelungen/2023/preissprung-bei-aldi-lidl-rewe-co-eigenmarken-verteuern-sich-deutlich-staerker-als-markenprodukte/). Die Verbraucher:innenorganisation deckt auf, dass sich sogar die – vergleichsweise günstigen – Eigenmarken »bei Aldi, Lidl, Rewe & Co« deutlich stärker verteuerten als die Markenprodukte. Bei Aldi z.B. haben die Preiszuwächse im Bereich der Grundnahrungs- bzw. Lebensmittel zwischen Februar 2022 und März 2023 geradezu gigantische Ausmaße angenommen: Mehrkornbrot um 40%, Sonnenblumenöl und Reis um 50%, Orangensaft um 51%, Haferflocken um 61%, Tomatenmark um 72%, Weizenmehl um 75% und Speisequark sogar um 80%! »Das Nötigste ist extra teuer«, kommentierte die »junge welt« diese Entwicklung (www.jungewelt.de/artikel/447121.inflation-das-n%C3%B6tigste-ist-extra-teuer.html).



Inklusion auf Abwegen:

Gut gemeint ist weder gut gemacht, noch ausreichend finanziert

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Inklusion, ein Zauberwort, das im Bildungsbereich allen jungen Menschen mit Behinderungen zu dem jeweils bestmöglichen Schulabschluss verhelfen soll. 2009 wurde im Schulgesetz das uneingeschränkte Recht auf schulische Inklusion verankert. Damit sollte die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen schulrechtlich umgesetzt sein. Kriterium hierfür ist ein diagnostizierter sonderpädagogischer Förderbedarf nach § 12 des Hamburgischen Schulgesetzes. Ihm zufolge werden alle Schüler:innen gemeinsam beschult, sofern sich Eltern nicht für eine immer noch bestehende Sonderschule entscheiden, oder aus anderen Gründen die Beschulung an einem der Regionalen Beratungs- und Bildungszentren (ReBBZ) stattfindet.

Größter Kritikpunkt von Behindertenverbänden 2009 war, dass die gesetzliche Verankerung des Rechts auf Inklusion nicht durch eine ausreichende Finanzierung abgesichert wurde. Diese Kritik hat in den Folgejahren nicht abgenommen und führte im Jahr 2014 zur Gründung eines Hamburger Bündnisses für schulische Inklusion. Durch dessen Arbeit konnten erst kleine Verbesserungen in personeller Hinsicht bei der schulischen Inklusion erreicht werden: Rot-Grün schrieben in ihrer Koalitionsvereinbarung 2015 genau 125 zusätzliche Lehrkräfte für die Inklusion fest. Dies war bei Weitem nicht genug: 2017 sammelte die Volksinitiative »Gute Inklusion« binnen weniger Monate fast 25.000 Unterschriften und erreichte eine Einigung mit dem Senat.¹ Im Konsens zwischen Senat und Volksinitiative wurde Folgendes vereinbart: ein festgeschriebener Personalschlüssel für Doppelbesetzungen im Unterricht ab drei Schüler:innen mit einer Behinderung, Therapiestunden ab fünf Schüler:innen,² ein fester Personalschlüssel nach KESS-Faktoren/Sozialindexen für Schüler:innen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, Sprache und geistig-motorische Entwicklung (LSE), mehrere Millionen für den barrierefreien Um- und Neubau der Hamburger Schulen sowie eine Anpassung des Musterflächenprogramms, das den Rahmen der Schulbautätigkeit festlegt.

Insgesamt, so rühmt sich der Senat, gehöre Hamburg mit Berlin und Schleswig-Holstein zur »Spitzengruppe« unter den Ländern hinsichtlich des Anteils der Schüler:innen mit Behinderungen, die auf eine Regelschule gingen.

Wie dieser Schulbesuch aussieht, führten die Klagen von Eltern und Pädagog:innen im September zuletzt 2022 zu Tage, als der Schulausschuss zu einer öffentlichen Anhörung anlässlich der Veröffentlichung des dritten Fortschrittsberichts über die »Maßnahmen zur Verbesserung der Inklusion an



Hamburgs Schulen« einlud.³ Es war nicht die erste Anhörung zu diesem Thema, aber aus unserer Sicht die eindrücklichste, weil klar wurde, dass nach so vielen Jahren immer noch so vieles für die Betroffenen im Argen liegt: fehlende Doppelbesetzungen, fehlende pflegerische Versorgung, unklarer Einsatz der den Schulen zugewiesenen Ressourcen für Sonderpädagog:innen, Ausfall des Förderunterrichts, keine Ziel-differenz im Lernstoff, keine vorhandene bzw. verlässliche Schulbegleitung, fehlendes pädagogisch-therapeutisches Fachpersonal, fehlender inklusiver Schulbau, fehlende Fahrstühle, fehlende sogenannte Differenzierungsflächen, fehlende behindertengerechte Toiletten, fehlende Planbarkeit, fehlende fachliche Fortbildungen, fehlende Kenntnisse der Lehrkräfte im Allgemeinen und Besonderen, keine ausreichende Finanzierung der Schulbegleitungs-Stellen, die überwiegend von jungen Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr ausgefüllt werden, langwierige und redundante Beantragungen von nötigen Unterstützungen.

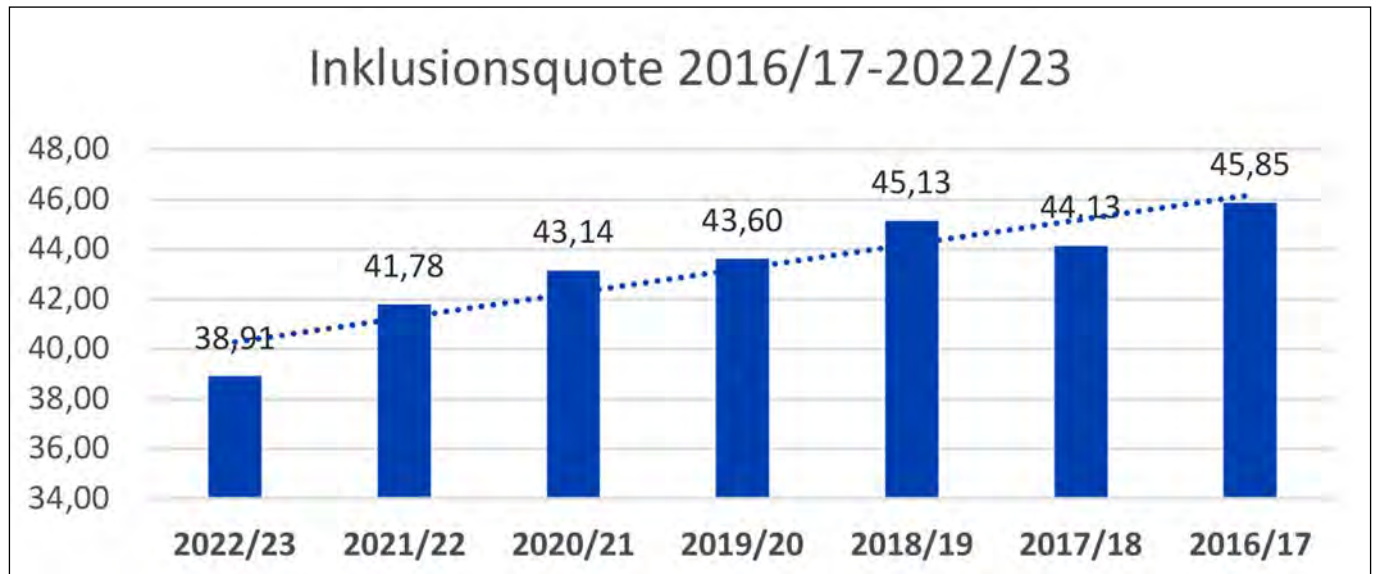
Immerhin, aufgrund massiver Kritik an der sogenannten »Fünfer-Regel« – also des Minimums von fünf Schüler:innen mit körperlich-motorisch Einschränkung als Voraussetzung für den Erhalt therapeutischer Förderstunden – wurde diese vom Schulsenator gekippt. Nun soll die Förderung grundsätzlich allen Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen – ein kleiner, aber wichtiger Schritt.

Mehrfach wurde im Rahmen dieser Anhörung im Schulausschuss im September 2022 angebracht, dass Eltern dem System der Inklusion an Hamburger Schulen nicht trauten. Die berichteten Missstände laden nämlich nicht dazu ein, den Beteuerungen der Behörde zu trauen, wenn sie behauptet: »Seit dem Schuljahr 2010/2011 arbeiten alle Hamburger Schulen inklusiv: Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf werden gemeinsam un-

¹ Drs. 21/11428, Microsoft Word - 11428a_Sitz (buergerschaft-hh.de).

² Die sogenannte Fünfer-Regel ist mittlerweile gekippt und auch Schulen mit weniger Schüler:innen mit Behinderungen haben genauso viele Therapiestunden wie Sonderschulen.

³ Drs. 22/23, wortprotokoll_der_oeffentlichen_sitzung_des_schulausschusses.pdf (buergerschaft-hh.de).



terrichtet.⁴ Das Papier ist geduldig. Nicht ohne Grund hat eine Hamburger Familie die Schulbehörde wegen mangelnden Bemühens um Inklusion verklagt.⁵ Wesentliche Elemente der Inklusion an Hamburger Schulen sind brüchig: Doppelbesetzung im Unterricht, dauerhafte und verlässliche Schulbegleitungen und umfassende Barrierefreiheit.⁶

Neben der juristischen Auseinandersetzung ist ein anderer Faktor ebenfalls relevant: die sogenannte Abstimmung mit den Füßen! Die Quote der eingeschränkten Kinder und Jugendlichen, die nicht an Hamburger Regelschulen, sondern an speziellen Sonderschulen unterrichtet werden, steigt seit Jahren an.

Um diese Inklusionsquote zu berechnen, werden die jährlichen Zahlen von Schüler:innen mit Einschränkungen, die an speziellen Sonderschulen beschult, sowie die Zahlen von Schüler:innen mit Einschränkungen, die an Regelschulen mit entsprechenden Profilen unterrichtet werden, ins Verhältnis gesetzt.⁷ Die Quote sinkt seit dem Schuljahr 2018/19 kontinuierlich. Von damals 45,13% der Gesamtheit der Schüler:innen mit Einschränkungen, die an einer Regelschule unterrichtet werden, waren es 2019/20 noch 43,60%, 2020/21 nur 43,14%, 2021/22 lediglich 41,78% und im laufenden Schuljahr sind es gar nur noch 38,91%. Fast zwei Drittel – das heißt 61,09% – der Kinder und Jugendlichen mit Einschränkungen in der geistigen Entwicklung, der körperlich-motorischen Entwicklung sowie Einschränkungen im Sehen und Hören gehen auf eine spezielle Sonderschule. Man muss also folgern: Diese jungen Menschen (und ihre Eltern) erkennen die Maß-

nahmen zur Inklusion an »allen Hamburger Schulen« (siehe oben) in zunehmendem Maße als ihren Bedürfnissen nicht entsprechend an.⁸

Die Forderung steht an, dass die Behörde Inklusion nicht nur auf dem Papier verkündet, sondern schnell wirksame Maßnahmen ergreifen muss, um die Akzeptanz dieses Vorhabens zu steigern. Dies ist, so sollte mensch betonen, nicht ein idealistisches Ziel, dass sich aus dem Glauben an die Welt von Diversität und Gleichheit ableitet, sondern ein Recht der Kinder und Jugendlichen auf umfängliche Schulbildung, dass in der UN-Konvention über die Rechte von behinderten Menschen festgehalten wurde und welches durch die Ratifizierung durch die Bundesrepublik einen Gesetzesstatus besitzt. Doch, so urteilt das Deutsche Institut für Menschenrechte, »in keinem Bundesland ist der notwendige gesetzliche Rahmen, eine inklusive Schule zu schaffen und zu gewährleisten, abschließend entwickelt worden.«⁹ Dieses Urteil widerspricht der Behauptung der Schulbehörde.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf für den Schulsenator. Und grundsätzlicher – denn unser Entwurf eines inklusiven Schulgesetzes bedarf ebenfalls einer Anpassung und der Implementierung und Umsetzung.¹⁰

⁴ Drs. 22/10796, 22/10796 SKA: Inklusionsquote im Schuljahr 2022/2023 (buergerschaft-hh.de).

⁵ Schulbegleitung: Familie wartet weiter auf Hilfe | NDR.de - Fernsehen - Sendungen A-Z - Hamburg Journal (16.2.23).

⁶ DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft | Bildung Familie, Kinder und Jugend Inklusion und Partizipation Pressemeldungen Sabine Boeddinghaus Schule und Berufsbildung | Inklusionsquote an Schulen sinkt: Eltern misstrauen Regelschulen (linksfraktion-hamburg.de).

⁷ Das heißt, dass Kinder und Jugendliche mit Autismus nicht mitgerechnet werden, da es für sie kein entsprechendes Profil an den Regelschulen gibt.

⁸ Siehe die Zahlen aus unserer Kleinen Anfrage, Drs.-Nr. 22/10952, 22/10952 SKA: Inklusionsquote im Schuljahr 2022/2023 (Nachfrage zu Drs. 22/10796) (buergerschaft-hh.de).

⁹ Bildung | Institut für Menschenrechte (institut-fuer-menschenrechte.de).

¹⁰ Christiane Albrecht, Sabine Boeddinghaus, Ulrich Vieluf, Hanno Plass, Entwurf für ein inklusives Schulgesetz, November 2019, DIE LINKE. Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft | Neues inklusives Schulgesetz (linksfraktion-hamburg.de).

Tipps und Termine

Wie üblich, am Anfang dieser Rubrik eine Information zum Klima. Viel zu wenig attackiert wird die Tatsache, dass Reichtum, erst Recht extremer Reichtum weit, weit überdurchschnittlich zur Klimakatastrophe beiträgt. Vor allem OXFAM wird nicht müde, auf diesen Umstand hinzuweisen: »Privatjets, Superjachten, Luxusvillen – all das verursacht Emissionen. Zudem bewirken schon allein die Investitionen von 125 Milliarden:innen jährlich so viel Treibhausgase wie ganz Frankreich« (www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/oxfam-studie-milliardaer-so-klimaschaedlich-millionenmenschen). Schon vor zweieinhalb Jahren hat OXFAM errechnet, dass **das reichste 1 Prozent (63 Mio. Menschen)** »zwischen 1990 und 2015 **mehr als doppelt so viel klimaschädliches CO₂ ausgestoßen hat wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen**« (<https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark>).

In der vorletzten Ausgabe des »Bürger:innenbriefes« vom 14. Februar (www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2023/02/BB_Sudmann_Boeddinghaus_2023-01-02_web.pdf) hatten wir auf den sich abzeichnenden **Lehrkräftemangel auch in Hamburg** hingewiesen. Nun gibt es auch erste Zahlen. »An allgemeinbildenden Schulen sind **Hunderte Stellen nicht besetzt**«, hieß es in der Online-Ausgabe des »Hamburger Abendblatts« vom 11. April. Von 268,09 unbesetzten Vollzeitstellen ist die Rede, davon 157,56 an Stadtteilschulen! Die Reaktion der Linksfraktion: »Senat sagt dem Lehrkräftemangel den Kampf an – ohne den Mut zum Wesentlichen!« Sabine Boeddinghaus, die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion kommentiert: »**Endlich hat auch der Senator begriffen, dass man in Hamburg handeln muss, um dem Lehrkräftemangel zu begegnen. Leider geht er nicht die neuralgischen Punkte an, die zum Lehrer:innenmangel führen: erhöhte Belastung, ein überholtes Arbeitszeitmodell, ungleiche Bedingungen für Schulen in ökonomisch benachteiligten Nachbarschaften**« (www.linksfraktion-hamburg.de/senat-sagt-dem-lehrkraeftemangel-den-kampf-an-ohne-den-mut-zum-wesentlichen/).

Zum 1. Mai wird das **49-Euro-Ticket** Gültigkeit erlangen. Mit dieser deutschlandweiten Monatskarte

können alle Busse und Bahnen im Nah- und Regionalverkehr genutzt werden. Heike Sudmann hat die neuen Möglichkeiten in einer Pressemitteilung vom 28. März kritisch gewürdigt: »**Das 49-Euro-Ticket und die Hamburger Varianten wie Sozialrabatt, SchulSpezial- und SemesterTicket sind **wirklich eine Umwälzung im Tarifdschungel** – und das ist gut. Der Erfolg des 9-Euro-Tickets hat allen gezeigt, wie entscheidend der Preis für die Wahl der umweltfreundlichen Fortbewegung ist. Deshalb müssen wir **weitergehen zum kostenlosen ÖPNV für alle**. Und auch die Folgekosten des Autoverkehrs und der Klimakrise rechtfertigen hohe Investitionen in Bus und Bahn. Erst attraktive und letztendlich kostenlose Angebote im hvv machen den dringend notwendigen Ausstieg aus dem größten Teil des Autoverkehrs möglich.**« Zumindest am Rande sei erwähnt, dass die Einführung des 49-Euro-Tickets für ca. 28.000 Teilzeit-Fahrkarten-Abonent:innen teilweise um bis zu 15,- Euro teurer wird (»Hamburger Abendblatt«, online vom 12.4.2023, www.abendblatt.de/wirtschaft/article238091639/49-Euro-Ticket-fuer-Tausende-Fahrgaeste-wird-es-jetzt-teurer.html).

Mit rund 350 Teilnehmer:innen hat vom 31. März bis zum 2. April der **24. Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress** (BUVKO) in Lüneburg stattgefunden. Jetzt sind die Unterlagen dafür – darunter eine Reihe höchst aktueller Präsentationen – ins Netz gestellt worden. Wer sich einen Eindruck verschaffen möchte, schaut hier: <https://buvko.de/>.



»Die verkehrspolitisch orientierten, demokratisch gesinnten Bürger:innen im Ehrenamt oder beruflich aktiven«, heißt es in der **Abschlussresolution**, »bedrängen derzeit insbesondere folgende existenzielle Problemfelder:

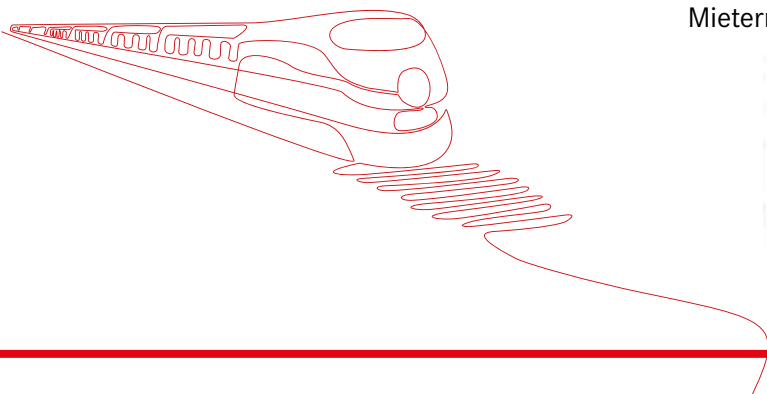
- die globale Erderwärmung, der nicht gestoppte Ressourcenabbau und Flächenverbrauch, sowie

die weitere Zerstörung der Biodiversität, an denen insbesondere der Verkehrssektor einen unverminderten oder sogar ansteigenden Anteil hat

- der über Jahrzehnte vernachlässigte und durch den Krieg in Europa deutlich forcierte Mangel an regenerativ erzeugter Energie, verbunden mit einer ausufernden Energieverschwendung, insbesondere im motorisierten Straßen- und im Flugverkehr
- die horrenden Corona- und Militärausgaben in Zusammenhang mit einer nicht durchgeführten Kürzung im Straßen- und Luftverkehr, die zukünftige Generationen enorm belasten werden.«

Den kompletten Text dieser Grundsatzklärung gibt es unter <https://buvko.de/resolution-2023.html>.

Wer sich einen umfassenden Einblick in die unzulänglichen Verhältnisse bei der Deutschen Bahn verschaffen will, der/die ist gut beraten, den am 29. März, einen Tag vor der offiziellen Bilanzpressekonferenz, vorgelegten **Alternativen Geschäftsbericht Deutsche Bahn 2022** zu lesen (https://buergerbahn-denkfabrik.org/wp-content/uploads/2023/03/Altgesch_Bericht_2023_WEB-komprimiert.pdf). Unter dem schönen Titel **»Die Deutsche Bahn neu aufgleisen«** wird auf 140 Seiten dargelegt, was alles schief läuft in diesem ehemals staatlichen Unternehmen. Beleuchtet werden in diesem zum 15. Mal erscheinenden Bericht alle Seiten eines Konzerns, der mit Streckenstilllegungen, Verspätungen usw. auf lauter falsche Gleise gesetzt hat. Der ausschließlich mit Spenden finanzierte Bericht wird herausgegeben von Aktiven aus der alternativen verkehrspolitischen Szene, darunter aus Hamburg Michael Jung und Andreas Müller-Goldenstedt (Prellbock Altona e.V.), Joachim Holstein (Back on track – Für mehr Nachtzüge) sowie der Bahnexperte Dieter Doege. Interessant ist in dem Material nicht zuletzt der umfangreiche zweite Teil, in dem sich **alle lokalen und überregionalen Gruppen vorstellen**, die die Deutsche Bahn mit wachen Augen durchleuchten.



Die **Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS)** findet im »Bürger:innenbrief« oftmals Erwähnung, schlicht deswegen, weil sie regelmäßig mit interessanten Materialien, Veranstaltungen Netzangeboten aufwartet. Nehmen wir beispielsweise die kleine Filmreihe zur Inflation.

Was Inflation eigentlich ist, wie sie zustande kommt und bekämpft werden muss, das ist Inhalt zweier **Videoaufzeichnungen**. In der einen, 28 Minuten langen erläutert Sigrun Matthiessen die wichtigsten Aspekte im Gespräch mit Stephan Kaufmann (www.youtube.com/watch?v=1JgVmf6orLM). In einem weiteren, 14-minütigen Video versucht sich daran Eva Völpel im Gespräch mit Hanno Plass, dem Vorsitzenden der Hamburger RLS (www.youtube.com/watch?v=RfSuU-42lrjk). Selbiger führt auch das 25 Minuten lange Interview mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und finanzpolitischen Experten Fabio de Masi, der sich insbesondere zu politischen Gegenmaßnahmen äußert (www.youtube.com/watch?v=x0CrCY7ilhc).

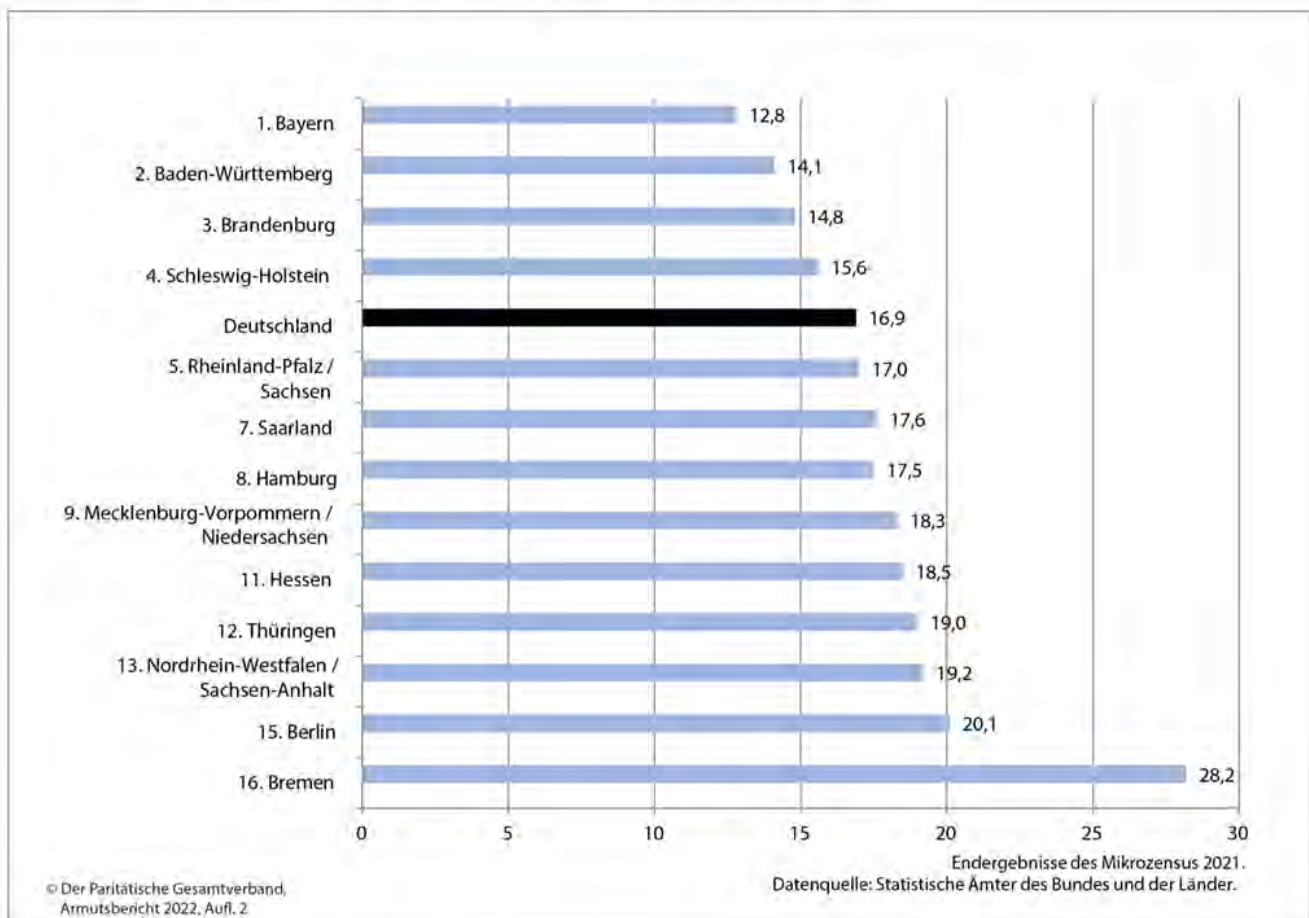
Am 25./26. November 2022 fand unter dem Titel **Zeitenwende auch für die Wohnungspolitik? die 6. Konferenz des bundesweiten Netzwerks Mieten & Wohnen** statt. Die jetzt fertiggestellte **Tagungsdokumentation** www.netzwerk-mieten-wohnen.de/sites/default/files/NMuW%20Tagungsdoku%202022.pdf bringt auf 317 Seiten alles, was die Herzen und Köpfe wohnungspolitisch engagierter Menschen erfreut. Das umfangreiche Konvolut gibt alle Präsentationen der Referent:innen wider, eine wahre Schatzgrube und auf dem neuesten Stand. Schwerpunkte waren auf der Konferenz der geforderte bundesweite Mietendeckel, Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und der Komplex Bauen, Wohnen und Klima. Einer der vielen Vortragenden kam aus Hamburg: Adrian Nägele von den Architects for Future. Er plädierte in seinem Vortrag »Gemeinsam für einen nachhaltigen Wandel in der Baubranche. Jetzt«. Lokales Schmankerl: Anlaufadresse für das bundesweite Netzwerk ist der Hamburger Verein »Mieter helfen Mietern«.



Zwischen Pandemie und Inflation ist ein 34-seitiges **Material des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes** überschrieben. Im März 2023 hat er eine aktualisierte 2. Auflage seines **Paritätischen Armutsberichts** von 2022 vorgelegt (www.der-paritaetische.de/themen/sozial-und-europapolitik/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2022-aktualisiert/). Wer sich mit der Armutsentwicklung

in Deutschland beschäftigt, kommt um dieses Basismaterial nicht herum. Die Hauptaussage: »Laut Paritätischem Armutsbericht 2022 hat die Armut in Deutschland mit einer Armutsquote von 16,9 Prozent im zweiten Pandemie-Jahr (2021) einen traurigen neuen Höchststand erreicht. 14,1 Millionen Menschen müssen demnach hierzulande derzeit zu den Armen gerechnet werden, 840.000 mehr als vor der Pandemie.«

Grafik 4: Armutsquoten 2021 (in %) – Ranking nach Bundesländern



Zu den lesenswerten Neuerscheinungen der **RLS** gehört die Publikation **Mehrfamilienhäuser: Der blinde Fleck der sozialen Wärmewende**. Die 51-seitige, vom Öko-Institut im Auftrag der RLS erstellte Publikation geht den Fragen nach, wie Haushalte **durch Wärmeenergiekosten belastet** sind und wie sich die sogenannte Gas- und Wärmepreisbremse auswirken. Die Ergebnisse sind bedrückend, hier nur ein Ausschnitt aus den Schlussfolgerungen der Stiftung: »Die Studie zeigt, dass es die gleichen gesellschaftli-

chen Gruppen sind, die am stärksten sowohl unter der Mietenkrise, als auch unter der Energiekrise leiden. So gehören 50 Prozent der Haushalte in Mehrfamilienhäusern (MFH) zum unteren Einkommensdrittel, mehr als 85 Prozent dieser Haushalte wohnen zur Miete. Sie verursachen zwar absolut gesehen weniger Treibhausgasemissionen als Menschen mit mittleren und höheren Einkommen, weil sie auf deutlich weniger Wohnfläche leben. Dennoch verbrauchen sie pro Quadratmeter mehr Energie, weil sie meist in schlechter

sanierten Häusern leben, und leiden im Vergleich zum Einkommen auch deshalb unter einer deutlich höheren Energiekostenbelastung. Beispielsweise gaben die **Haushalte im untersten Einkommensdezil 2021 durchschnittlich 4,6 Prozent ihres Einkommens für Wärme aus, die oberen 10 Prozent nur weniger als ein Prozent**. Die Situation hat sich mit den gestiegenen Energiepreisen noch deutlich verschärft: 2022 musste das unterste Einkommensdezil fast 8 Prozent verausgaben, das oberste aber nur 1,5 Prozent.

Die Streuung innerhalb der Einkommensgruppen kann hoch sein, sodass einige Haushalte deutlich stärker durch ihren Energieverbrauch belastet sind als der Durchschnitt. Das gilt insbesondere für Rentner*innen, wo eine vergleichsweise große Wohnfläche besonders ins Gewicht fällt, da sie oftmals in den früheren Familienwohnungen leben. Die durchschnittliche Energiekostenbelastung ist für Arbeitslose am höchsten. Schon vor der Energiepreiskrise haben sie 4,5 Prozent ihrer verfügbaren Mittel für Wärmeenergie aufbringen müssen. Im letzten Jahr hat sich das auf fast 8 Prozent erhöht.« Hier gibts alles: <https://email.t-online.de/em?wdycf=www.t-online.de#method=inboxSearch&f=INBOX&searchString=Betreff%3AMehrfamilienh%C3%A4user%3BOrdner%3AINBOX>.



Und bleiben wir doch noch mal bei der **RLS** und machen an dieser Stelle auf vier Hamburger Angebote aufmerksam. Da geht es am **Freitag, den 28. April**, von 19.00 bis 21.00 Uhr im Golden Pudel Club (Fischmarkt 27) um **Georg Lukács 100 Jahre alt geworden Schrift »Geschichte und Klassenbewusstsein«**. Die Kernaussage darin: »Über das Schicksal der Revolution entscheidet das Klassenbewusstsein«. Mehr dazu hier: hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/5ZOXC/%C3%9Cber-das-schicksal-der-revolution-entscheidet-das-klassenbewusstsein?cHash=efa1c-

[b7a125565e25a0c76f802b56d35](https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/8F17Q/%C3%9Cber-das-schicksal-der-revolution-entscheidet-das-klassenbewusstsein?cHash=ce57c9fdc5583fe4a51298dfa4bac920). Wer sich vertiefend mit dieser bekannten Publikation beschäftigen möchte, besucht am besten das **Seminar**, das am **Samstag, den 29. April**, von 10.00 bis 17.00 Uhr in der Fabrique des Gängeviertels (Valentinskamp 34a) stattfinden wird (https://hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/8F17Q/%C3%9Cber-das-schicksal-der-revolution-entscheidet-das-klassenbewusstsein?cHash=ce57c9fdc5583fe4a51298dfa4bac920).



Und dann nennen wir hier noch zwei friedenspolitische Veranstaltungen. Zum einen die Diskussion zu **Pazifismus in Zeiten des Krieges** mit der aus Hamburg stammenden Friedens- und Konfliktforscherin **Dr. Corinna Hauswedell** am **Dienstag, den 23. Mai**, von 19.00 bis 21.00 Uhr im CVJM mit Sitz An der Alster 40 (hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/QNY4Y/pazifismus-in-zeiten-des-krieges?cHash=aa13dbd18525a4a11f4f68c63699b6e0). Und schließlich die Vorstellung des **Buches zu Deutschlands Zeitenwende zu Aufrüstung und Militarisierung**, das **Jürgen Wagner**, Politikwissenschaftler und geschäftsführende Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., kürzlich vorgelegt hat. Die Veranstaltung am **Dienstag, den 6. Juni**, beginnt um 19.00 Uhr im KLUB des Gewerkschaftshauses am Besenbinderhof 62 (hamburg.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/ZKB39/im-ruestungswahn-deutschlands-zeitenwende-zu-aufruestung-und-militarisierung?cHash=e82b2fd77308ba7fa2bacc05b2977caf).

Etliche Vereine haben es mit der Anerkennung der Gemeinnützigkeit (und damit der Möglichkeit, steuerfreie Spenden entgegenzunehmen) in den letzten Jahren schwerer gehabt. Äußerten sie sich allzu politisch, wurde ihnen im Einzelfall diese Gemeinnützigkeit aberkannt. Die **Finanzbehörde** hat nun eine aktualisierte **Broschüre für gemeinnützige Vereine**

herausgegeben, der sich auf 44 Seiten alles Nötige zum steuerlichen Gemeinnützigkeitsrecht entnehmen lässt: www.hamburg.de/fb/presse/25174/start/.

Skuril, ausgerechnet die Elphi auf die Titelseite der Broschüre zu Ehrenamtlichkeit und Gemeinnützigkeit zu setzen:



Sollten Bürgerräte Entscheidungsgewalt haben?

– diese gerade vom Veranstalter sicher nicht nur rhetorisch gemeinte Frage diskutiert der Verein Mehr Demokratie auf einer Zoom-Konferenz am **Dienstag, den 18. April**, von 20.00 Uhr bis 21.30 Uhr. An der Onlinedebatte nehmen teil: der Journalist Hugh Poppe, der das erst jetzt veröffentlichte Buch »The Keys to Democracy« seines Vaters vorstellt, sowie Marcin Gerwin, polnischer Experte für deliberative Demokratie und Nachhaltigkeit. Anmeldung unter info@mehrdemokratie.de.

Die diesjährige **12. Konferenz zur sozialen Spaltung** findet am **Mittwoch, den 19. April**, von 9.00 bis 16.45 Uhr im Palais Esplanade (Esplanade 15) statt. Im Mittelpunkt steht dieses Mal der Komplex

Klimapolitik und Ungleichheit, verbunden mit der Frage, »Wo bleibt eine ressortübergreifende Strategie?« Veranstaltet wird der Event seit rund anderthalb Jahrzehnten von der Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg, dem vor allem kirchliche und universitäre Einrichtungen angehören. Mehr zu Programm und Anmeldung unter www.hamburg-stadtfueralle.de.

Seit einiger Zeit bemüht sich die **Hamburger LINKE** wieder um ein regelmäßiges **Bildungsprogramm**. Nun stehen die **neuen Termine für das zweite Quartal** fest und sind übers Netz belegbar (www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/detail/die-roten-vorlesungen/). Um schon mal auf den Geschmack zu kommen hier die nächsten Termine: Am **Freitag, den 21. April**, wird Erhard Crome (Direktor des »WeltTrend«-Instituts Potsdam) über die sogenannte **Wertegeleitete Außenpolitik** sprechen. Am 12. Mai folgt Janis Ehling (Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN) mit dem Thema »Antiimperialismus, linke Friedenspolitik und die Ukraine«, am 29. Juni Jan van Aken (ehemals außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag) mit einem Vortrag zur »Eskalation der Waffen, Sanktionen und Verhandlungsmöglichkeiten im Ukraine-Krieg«. Den glänzenden Abschluss liefert dann die Historikerkoryphäe Prof. Frank Deppe, der diesen Vortrag ankündigt: »Der neue und der alte Kalte Krieg – ein Vergleich mit Fragen für die politische Linke und die Friedensbewegung«. Sämtliche Veranstaltungen beginnen um 18.00 Uhr und finden in der »Kaffeewelt« (Böckmannstraße 3) statt.



Die Aktivist:innen rund um die Sternbrücke sind und sind nicht kleinzukriegen. Am **Samstag, den 22. April**, findet von 15.00 bis 20.00 Uhr eine weitere – gefühlt die 50. – Kundgebung statt. Der Freundeskreis



So sei es! (Foto: H. Sudmann)

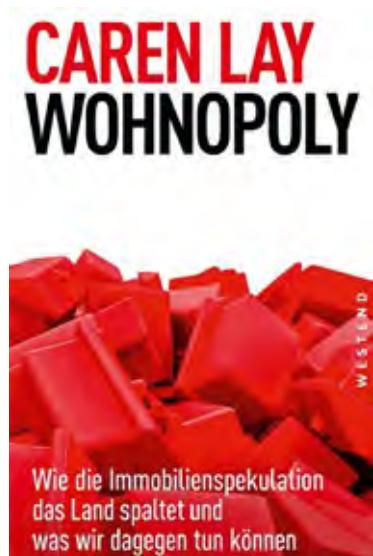
Sternbrücke protestiert damit gegen den Abriss der alten Sternbrücke zugunsten einer Monsterbrücke, Parole: »Sternbrücke bleibt! Mit dabei FAT FLG mit Punk Rock und die RapFugees mit HipHop.

Für **Dienstag, den 25. April** (18.00 Uhr), wird zu einer **Vollversammlung des Bündnisses Solidarische Stadt** ins Curio-Haus (Rothenbaumchaussee 15) eingeladen. Vor vier Jahren ist dieser Zusammenschluss eben dort von ca. 50 Vertreter:innen von Gruppen und Organisationen gegründet worden. Die AG Flucht möchte an diesem Abend mit allen Interessierten diskutieren, wie es weiter gehen soll.

Vor einigen Monaten hat **Caren Lay**, die wohnungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, ein faktenreiches, eingängiges Buch mit dem Titel **Wohnopoly – Wie die Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können**

veröffentlicht. Kostenpunkt: 20,- Euro. Am **Dienstag, den 2. Mai**, nun ist Caren Lay auf Einladung der Bürgerchaftsfraktion DIE LINKE zu Gast in der Osterstraße (Osterstraße 171), um ab 20.00 Uhr aus ihrer Publikation zu lesen und in die Diskussion zu kommen. Die Moderation obliegt Marco Hosemann.

www.westendverlag.de/buch/wohnopoly/.



Rothenburgsort vor radikalen Veränderungen

Ein höchst interessanter Rundgang mit Ingo Böttcher am 26. März gab den Anlass, den Stadtteilaktivisten zu bitten, seine Schilderungen über die anstehenden Entwicklungsprojekte und Bauvorhaben für den »Bürger:innenbrief« zu verschriften. Nur wenige der »alten« Hamburger Stadtteile erleben in diesen Jahren derartige Einschnitte wie gerade Rothenburgsort. Nehmen wir die Ausführungen auch dafür, darüber nachzudenken, was solche Veränderungen für die Menschen vor Ort bedeuten – bei aller Notwendigkeit, mehr günstigen Wohnraum zu schaffen. Wir danken dem Autor für seinen anschaulichen Beitrag inklusive aller Fotos. By the way, wir sind immer interessiert an Schilderungen aus den verschiedenen Hamburger Stadtteilen und Quartieren.



Einladung zum Rothenburgsort-Rundgang am 26. März



Ingo Böttcher vor der Elbtower-Baugrube (Fotos: M. Joho)

Unter Druck im Bauboom

Von Ingo Böttcher, Initiative Hamburgs wilder Osten (HWO)

Später Nachmittag des Ostersonntags, eine Spaziergangsszene in Rothenburgsort: »Ich erkenne mein Dorf nicht wieder!« – die Frau, mit Mann und Hund unterwegs, begleitet ihren Ausruf mit weit ausholender Geste. Der Ruf gilt nicht dem Thema des Tages, dem Großbrand in der Billstraße, der seit den frühen Morgenstunden 500 Meter vom Ort des Geschehens entfernt vor sich hin raucht. Die Empörung ist auf die riesige Baugrube in der Marckmannstraße gerichtet, auf die das Trio zusteuert. Eine gewisse »Instone Real Estate« lässt hier gut 200 Eigentumswohnungen bauen, 180 Mietwohnungen erstellt »evoreal« auf dem Quarree, einige weitere die SAGA. Den Lärm der nördlich gelegenen Bahntrasse schirmt

ein Riegel von 470 »Mikroapartments« ab, die die »Patrizia« an Student:innen und »urban professionals« verkaufen will.

In Rothenburgsort ist ein Bauboom ausgebrochen, der das Viertel umkrempt. Denn die Großbaustelle an der westlichen Marckmannstraße ist bei weitem nicht das einzige Projekt, das zurzeit im Bau ist, viele weitere sind in Planung. Und auch in der unmittelbaren Nachbarschaft ist einiges los: »52 Baukräne können wir von unserem Balkon aus sehen«, erklärt der Mann der Osterspaziergängerin, »52! Und unser Blick auf den Hafen wird dabei verbaut.« Viele dieser Kräne stehen in der östlichen HafenCity. Am Chicago Square wachsen Bürohäuser in den Himmel. Noch näher an Rothenburg-



Ein Riegel mit 470 Mikroapartments schirmt das neue Wohngebiet an der Marckmannstraße vom Lärm der Bahntrasse ab



Aus Rothenburgsort schon jetzt nicht mehr übersehbar: Die Baustelle des Elbtowers

sort liegt die Baustelle des Elbtowers. Deren Kräne ragen derzeit etwa 80 Meter aus der Baugrube hinaus und sind schon jetzt von fast jedem Punkt im Stadtteil über den Dächern zu sehen. Das eigentliche Gebäude wird drei Mal so hoch.

Bis es 2026 fertig ist, werden in Rothenburgsort selbst etwa 1.750 neue Wohnungen entstanden sein. Zieht man davon die ab, die als Ersatz für abgerissene 1960er-Jahre Wohnungen gebaut werden, bleibt ein Zuwachs von etwa 1.300 Wohnungen. Für 2021 verzeichnet das Rothenburgsorter Stadtteilprofil 4.700 Wohnungen und etwas weniger als 9.000 Bewohner:innen. In drei Jahren werden es wohl 12.000 sein.

Auch die SAGA verdichtet kräftig mit. Manche Rasenfläche der »hafennahen Grünstadt« – so das Konzept des Wiederaufbaus an der Stresowstraße aus den frühen 1960ern – wird jetzt ausgeschachtet, mancher Garagenhof plattgemacht. Am Billhorner Röhrendamm entstehen zwischen den bestehenden Hochhäusern der Stresowsiedlung neue sieben-geschossige »Punkthäuser«, auch am Billhorner Deich, in der Stresowstraße und an der Thiedingreihe wird schon öffentlich gebaut. Etwa 200 Wohnungen steuert die SAGA bei. Aldi und das Erzbistum schließen sich an und widmen ihre Freiflächen in Zukunft dem Wohnen. Im Osten des Quartiers bricht die Baugenossenschaft Freier Gewerkschafter ihren gesamten Bestand ab und ersetzt ihn durch Neubauten.

Zu den Wohnungsbaustellen kommen eine Reihe von bau-fälligen Infrastrukturen, die in den kommenden Jahren erneuert werden müssen, und eine Kette von Großprojekten im

bisher von Kleingewerbe, Handel und Speditionen geprägten Gürtel um das Wohngebiet.

Als »Busbeschleunigung« wird die Grundsanierung der zentralen Verkehrsachse des Stadtteils verkauft – und damit auf Anwohner:innenbeteiligung und städtebauliche Gestaltung verzichtet.



SAGA, Aldi und das Erzbistum: Am Billhorner Röhrendamm wird wieder gern gebaut

Die Billebogen Entwicklungsgesellschaft (BBEG), ein Ableger der HafenCity GmbH, hat große Pläne für den »Stadtein-gang Elbbrücken«: Die Kleeblatt-Zufahrten an der Kreuzung Röhrendamm und Brückenstraße gleich nördlich der Elbbrücken gelten heute als Platzverschwendung, die niedrige Bebauung am Brandshof als unzeitgemäß. Ebenso große Pläne hat die BBEG am Ufer des Billebeckens im nördlichen Rothenburgsort. Hier sieht man – Wasserlage! – »ideale Voraussetzungen für die Ansiedlung innovativer Unternehmen, die attraktive Rahmenbedingungen für ihre Wertschöpfungsprozesse benötigen.«¹ Also wird der Baukasten der »Stadtplanung von oben« herausgeholt, präsentiert man im Internet ordentliche Klötzchengrafiken von jury-prämierten Architekturbüros und vermarktet das Areal am Bullenhusener Damm schon mal als neuen Standort für Bio- und Medizintechnologie.

Dass solche Pläne nicht immer nahtlos aufgehen, zeigt sich am ehemaligen Huckepackbahnhof, einem weiteren Pla-



Elbtower-Kranballett über dem Billhorner Röhrendamm

¹ <https://billebogen.de/bebauungsplanverfahren-fuer-das-billebecken/>.



Die »Kleeblatt«-Kreuzung am Eingang von Rothenburgsort: Viel Platz für Planung, und ganz nah an der HafenCity!



Die »Speicherstadt des 21. Jahrhunderts« ist wohl bereits Geschichte: Auf dem ehemaligen Huckepackbahnhof sammeln sich Opernfundus, Containerhäuser für Geflüchtete, Baustoff-Lager und bald womöglich der »Elbdome«

nungsbereich der BBEG in Rothenburgsort: Nachdem auch dort die »urbane Produktion« der Zukunft in einer »Speicherstadt des 21. Jahrhunderts« stattfinden sollte, wurde zunächst der Opernfundus angesiedelt. Das Gelände erwies sich im weiteren allerdings als Ladenhüter – womöglich auch weil man vergessen hatte, die (Geruchs)Emissionen einer benachbarten Stärke-Fabrik zu berücksichtigen. So blieben die Sandaufschüttungen und der »Industrieboulevard« lange Zeit Übungsgelände für Motocrosser und ein Hundespielplatz. Nun wird das Gelände als Standort für den Elbdome, eine offenbar dringend benötigte Mehrzweckhalle für 8.000 Zuschauer*innen, vorgesehen. Doch das hat Zeit. Derweil wird der viele Platz für eine Wohnunterkunft für 500 Geflüchtete und als Baustoff-Bahnhof für die HafenCity genutzt.

Bei den Menschen in Rothenburgsort stoßen die Baustellen und Planungen eher auf Erstaunen und Befremden als –

bisher – auf Kritik. Allerdings: Lärm, Staub und Vibrationen werden immer häufiger zum Thema in den sozialen Medien wie im Stadtteilrat. Die Sorge um weniger Auto-Stellplätze bei erhöhter Nachfrage kommt regelmäßig zur Sprache. Auch – zum Beispiel – die Frage, wie der über Jahre vernachlässigte Elbpark Entenwerder mit der zunehmenden Nutzung zurecht kommen soll, wird heiß diskutiert.

So wächst mit den Rohbauten das Bewusstsein darüber, dass sich hier ein vertrauter Stadtteil, eine Nachbarschaft radikal verändert. Der Verlust von Freiflächen und Freiräumen wird spürbar. Vereine und Betriebe, die sich in der Unsortiertheit von Rothenburgsort eingerichtet hatten – etwa die Oldtimer-Tankstelle, die Rudervereinigung Bille, das PEM-Theater und die vielfältigen Nutzungen im Mercedes-Haus – fürchten um ihren Bestand. Und viele Mieter:innen fürchten die Mietentwicklung in einer aufgehübschten Neubau-Nachbarschaft.

Hamburger Trauerspiel um die Aufarbeitung des NSU-Terrors

Von Michael Joho

»In Hamburg will die oppositionelle Linke einen Untersuchungsausschuss zum »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) einsetzen. Nun kommt Unterstützung aus der grünen Regierungsfraktion.« So stand es in der Online-Ausgabe der TAZ vom 11. April (<https://taz.de/Andreas-Speit/!a226/>). Nur einen Tag später hieß es dann in der gleichen Zeitung: »Grüne geben klein bei. Nach internem Krach wollen SPD und Grüne den NSU-Komplex in Hamburg wissenschaftlich aufarbeiten« (<https://taz.de/NSU-Komplex-in-Hamburg/!5924645/>). Was für ein Trauerspiel, dessen Hintergrund der lange diskutierte und entwickelte Antrag der Linksfraktion bildet, »einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) zum NSU-Terror in Hamburg, zur Aufarbeitung der militanten neonazistischen Strukturen in Hamburg und ihrer Verbindungen

mit dem Mord zum NSU-Netzwerk, ihrer möglichen Rolle im Zusammenhang mit dem Mord an Süleyman Taşköprü, zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens Hamburger Sicherheits- und Justizbehörden einschließlich der Senatskanzlei und anderer Verantwortlicher« einzurichten.¹ Dieser Antrag datiert vom 29. März 2023, die SPD war sofort dagegen, zog offenbar ihren grünen Koalitionspartner über den Tisch und legte am 12. April – gerade noch rechtzeitig vor der Bürgerschaftsdebatte am 13. April – einen rot-grünen Gegenantrag betreffend die »Aufarbeitung des NSU-Komplexes im

¹ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83316/einrichtung_eines_parlamentarischen_untersuchungsausschusses_pua_zum_nsu_terror_in_hamburg_zur_aufarbeitung_der_militanten_neonazistischen_strukture.pdf.

Rahmen einer wissenschaftlichen Studie sowie dauerhafte Sicherung aller Unterlagen aus Hamburg» vor.²

Der Politikwissenschaftler Dr. Maximilian Pichl hat den bedeutsamen Unterschied zwischen den beiden Anträgen, zwischen einem PUA und einem akademischen Verfahren, in drei Tweets auf den Punkt gebracht: »Als Wissenschaftler, der zum NSU promoviert hat, sage ich glasklar: Das ist kein guter Kompromiss. Wissenschaft ersetzt nicht parlamentarische Aufklärung [...] Untersuchungsausschüsse tagen öffentlich, d.h. sie haben einen demokratischen Mehrwert, den eine solche Studie nicht ersetzen kann. Und die »vorhandenen Akte« bilden den unzureichenden Status quo ab, ein PUA könnte noch mehr zutage fördern [...] Alle Wissenschaftler:innen zum NSU, die ich kenne, haben einen PUA in Hamburg stets für notwendig erachtet. Ich finde es fatal, wenn der fehlende politische Wille zur Aufklärung durch das Einspannen der Wissenschaft kaschiert werden soll«. (https://twitter.com/jenny_jasberg/status/1646258185425092610).

Dem ist aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen. Nur noch dies, dass nämlich die Regierungsfractionen SPD und GRÜNE

² www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/83435/aufarbeitung_des_nsu_komplexes_im_rahmen_einer_wissenschaftlichen_studie_sowie_dauerhafte_sicherung_aller_unterlagen_aus_hamburg.pdf.

(mit Ausnahme ihrer Abgeordneten Miriam Block) – selbstredend auch die CDU und die AfD – den Antrag der Linksfraction unisono abgelehnt haben. Die in dieser Haltung zum Ausdruck kommende »Verweigerung der Aufklärung ist ein unermessliches Versagen der Verantwortlichen und kommt einer politischen Bankrotterklärung gleich«, so Deniz Celik, innenpolitischer Sprecher der Linksfraction. »Die SPD und die GRÜNEN haben eine klare Entscheidung getroffen: Statt auf die Seite der Betroffenen rechten Terrors, stellen sie sich schützend vor die Sicherheitsbehörden. Wenn die Staatsräson wichtiger ist, als die Aufklärung von Naziverbrechen, ist der moralische Kompass vollständig verloren gegangen. Der politische Unwille zur Aufklärung ist unerträglich.«

Um so mehr freuen wir uns über eine vor der Bürgerschaftsentscheidung abgegebene Erklärung der »Omas gegen Rechts« (OgR), in der eindeutig Stellung bezogen wird für einen PUA. Wir danken dafür, diese Erklärung im »Bürger:innenbrief« berücksichtigen zu können, und betonen auf Wunsch der Verfasserinnen noch einmal ausdrücklich, dass »die Omas gegen Rechts eine überparteiliche zivilgesellschaftliche Gruppe« sind.

Hamburg braucht einen PUA zum NSU!

Erklärung der Omas gegen Rechts Bergedorf, Bergstedt/Alstertal, Süd, West und St. Pauli

Die Omas gegen Rechts fordern die Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft auf, unverzüglich einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Mord des NSU an Süleyman Taşköprü 2001 in Hamburg einzurichten.

Die Omas gegen Rechts engagieren sich bundesweit gegen rechte Gruppierungen und ihre Aktivitäten. Wir sehen Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Homophobie und Sexismus als Inhalte rechten Denkens an. Wir erleben, dass unsere Demokratie aktiv verteidigt werden muss.

Der demokratische Staat hat als vornehmste Aufgabe den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger vor Unrecht und Gewalt. Dies gilt für alle Menschen, die in diesem Staat leben.

Umso schockierender ist das Staatsversagen in der Ermittlungsarbeit gegen den NSU. Nicht die staatlichen Organe haben den NSU zu Fall gebracht, er löschte sich selbst aus.

Ein Dickicht aus rassistischen Vorurteilen gegen die Mordopfer und ihre Familien ermöglichte dem NSU, unbehelligt 10 Jahre lang Menschen in Deutschland zu töten, einen Fankeis im rechten Milieu aufzubauen und dort Heldenstatus zu erlangen. Hinweise auf den rassistischen Hintergrund der Morde, Beobachtungen von Zeug:innen, Ermittlungsergebnisse wurden von den staatlichen Ermittlungsbehörden ignoriert, umgedeutet, verschlampt.

These 1 war ganz einfach: Weil die Opfer Menschen mit migrantischer Geschichte sind, müssen die Tatmotive in ihrem Umfeld gesucht werden. Dieses Denken hat die Opfer

und ihre Familien stigmatisiert und traumatisiert. Bis heute sind diese Verletzungen virulent.

These 2 war noch einfacher: Weil wir keine rassistischen Behörden haben, hat auch niemand Fehler gemacht, die auf rassistischen Denkmustern beruhen. Diese Annahme ist so falsch wie gefährlich. Das Versagen der staatlichen Institutionen bei der Ermittlungsarbeit zu den Mordopfern des NSU muss komplett benannt und aufgearbeitet werden. Das betrifft die Polizei vor Ort und die Polizeiführung, den Verfassungsschutz mit seinen Mitarbeiter:innen im direkten Dunstkreis des NSU, den Staatsschutz, die Sonderkommissionen und die politisch Verantwortlichen.

Nur vollständige Akteneinsicht, wie sie ein PUA hat, könnte folgende Fragen beantworten:

- Warum haben Institutionen so gehandelt? Wer war daran beteiligt? Welche Motive wurden vermutet? Welche Hinweise ignoriert und von wem? Wer wusste wann was? Wer trägt die Verantwortung?
- Und was hat sich seitdem geändert? Welche strafrechtlichen, disziplinarischen, institutionellen und politischen Konsequenzen hat es gegeben?

Die Antworten auf diese und viele andere Fragen soll und muss ein PUA geben. Nur dann kann für die Angehörigen vielleicht ein Gefühl von Gerechtigkeit wiederhergestellt werden. Und es wächst die Chance, dass Rassismus nicht mehr Basis von Ermittlungsarbeit sein wird.

1933: Vor 90 Jahren Beginn der Nazi-Herrschaft 1945: Wir feiern den Tag der Befreiung am 8. Mai!

Diverse Veranstaltungen in quasi allen Bezirken Hamburgs gedenken in den kommenden Wochen der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten 1933, aber insbesondere auch der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai 1945. Erwähnt seien hier **exemplarisch**:

- die Gedenkfeier für die am 20. April 1945 ermordeten Kinder vom Bullenhuser Damm am Donnerstag, den 20. April, 20.00 Uhr (<https://bullenhuser-damm.gedenkstaetten-hamburg.de/de/>),
- die »Woche des Gedenkens Hamburg-Mitte« vom 20. April bis zum 8. Mai (<https://gedenken-hamburg-mitte.de>),
- die Podiumsdiskussion »Kultur, Kühne, NS-Profit« am 25. April, 19.00 Uhr (<https://www.akademie-nordkirche.de/veranstaltungen/aktuelles/1244>),
- die Veranstaltungsreihe »Denk mal am Ort« am 6. und 7. Mai (<https://www.denkmalamort.de/deutsch/hamburg-6-7-mai-2023/>) und
- die Ausstellung »Wohnungslose im Nationalsozialismus« vom 7. Bis 23. April im Viertelzimmer des Münzviertels (Rosenallee 11).

Zwei wichtige, übergreifende Veranstaltungen organisiert das Bündnis zum 8. Mai in Hamburg, das sich aus rund 50 Gruppen und Organisationen zusammensetzt, darunter die VVN-BdA, das Auschwitz-Komitee, die GEW, die Naturfreunde, die Jusos und DIE LINKE. **Wir dokumentieren nachstehend den sicher nicht nur uns beeindruckenden Aufruf des Bündnisses** (8-mai-hamburg.de/aufruf23/) und laden insbesondere ein zur Demonstration am 6. Mai und zum Befreiungsfest am 8. Mai (weitere Angaben dazu siehe weiter unten).



Gesehen am Millerntorstadion (Foto: M. Joho)

Es gibt Tage, an denen halten wir inne – wir erinnern uns, wir gedenken

Und wir fragen uns, was das Geschehene uns für die Zukunft auf den Weg gibt. Der 8. Mai ist so ein Tag. Wir wollen an diesem Tag zusammenkommen, um »über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit«, wie die im Juli 2021 verstorbene Holocaust-Überlebende Esther Bejarano es ausdrückte, denn: Am 8. Mai 1945 wurden weite Teile Europas von den alliierten Streitkräften vom Faschismus befreit. Die Befreiung von der Schreckensherrschaft der Nazis beendete das systematische Ermorden und Vernichten, dem viele Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind: Juden und Jüdinnen, Sintizze und Romnja, politische Gegnerinnen, Homosexuelle, sogenannte »Asoziale« und Widerstandskämpferinnen, darunter auch viele Gewerkschafter*innen.

Wir, die den 8. Mai als Tag der Befreiung und der Befreiten feiern, erinnern uns an die Berichte der Überlebenden zu

den ersten Maitagen 1945. Und wir wollen am 8. Mai besonders an die Hoffnung der Befreiten auf eine Welt ohne Kriege, Elend und Unterdrückung erinnern und diese als Auftrag nehmen, weiter an der Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit zu arbeiten, so wie es die befreiten Häftlinge von Buchenwald geschworen haben. Ein offizieller bundesweiter Feiertag wäre dafür die regelmäßige Verpflichtung – Nicht nur, aber eben auch an jedem 8. Mai.

Wir erinnern an Wanda Edelmann.

Wie viele Sintezza und Romnja war sie im Außenlager Hamburg-Sasel inhaftiert und wurde Anfang Mai 1945 von britischen Soldaten befreit. Ohne Bleibe, blieb sie nach ihrer Befreiung noch länger in Sasel in einer ehemaligen Lagerbaracke – in einem Lager, in dem sie ihre Cousine Suleika Klein verloren hatte. Suleika war vergewaltigt und schwer miss-



handelt wurden. Sie starb einen Tag nach der Befreiung Hamburgs am 4. Mai 1945.

1984 berichtete Wanda Edelmann, wie sie kurz nach Kriegsende zwei ehemalige SS-Aufseherinnen auf der Straße wiedererkannte: »Und da seh ich diese SS-Weiber. [...] Da hab ich geschrien: »Diese Banditinnen, haltet die fest!«, und ich habe meine Schuhe ausgezogen. Ich bin auf die Personen zugehauert, aber die Leute haben gedacht, ich bin aus dem Irrenhaus gekommen. Ich wollte mich auf sie raufstürzen. Und die Leute haben eine Kette vor mir gemacht, ich kam nicht durch. Und da sind die beiden verschwunden. [...] Wie vom Erdboden verschluckt.« Wanda Edelmanns Hoffnung war, dass die Täterinnen zur Rechenschaft gezogen würden. Doch die Täterinnen kamen nach 1945 weitgehend ungeschoren davon. Nach den großen Prozessen, die die Alliierten führten, wurden nur noch wenige verurteilt, viele blieben in Amt und Würden, oder verschwanden »wie vom Erdboden verschluckt«.

Wir erinnern uns an Hellmut Kalbitzer

Die Nazis hatten ihn wegen seines Widerstands gegen den Nationalsozialismus, der »Vorbereitung zum Hochverrat« für schuldig befunden und ihn zwei Jahre im Konzentrationslager Fuhlsbüttel inhaftiert. Nach der Befreiung 1945 beteiligte er sich bereits am 11. Mai 1945 an der Gründung der Sozialistischen Freien Gewerkschaft und später am Aufbau des DGB in Hamburg. Er erinnerte sich, dass 1945 tausende Arbeiter zum Gewerkschaftshaus kamen, um Mitglied zu werden und über die Zukunft zu diskutieren. »Die Menschen waren hungrig und ausgemergelt, aber bereit, ihre Hoffnungen in die Gewerkschaft zu setzen.«

Und wir erinnern uns an Paul Bebert,

einem Bauarbeiter und Gewerkschaftsfunktionär. Er war bereits 1911 in SPD und Gewerkschaft eingetreten, hatte in der NS-Zeit insgesamt 35 Monate im KZ überlebt – zuletzt war er überdies zur Zwangsarbeit verurteilt worden. Mit Hammer und Meißel schlug er am 14. September 1945 das Hakenkreuz über dem Eingang des Gewerkschaftshauses ab. Die Anwesenden sangen anschließend »Brüder, zur Sonne, zur Frei-

heit«, in dem eine Strophe lautet: »Hell aus dem dunklen Vergangenen leuchtet die Zukunft hervor.«

Wir erinnern an Josef Gottlieb,

der im Juli 1945 mit überlebenden Jüdinnen und Juden zusammenkam und das »unverzügliche Wiedererstehen« einer Hamburger jüdischen Gemeinde forderte. Eindringlich machte er schon unmittelbar nach der Befreiung klar, dass nun dringend »eine positive Einstellung zum Judentum« erreicht werden müsse.

Wir erinnern uns an Elsa Werner

Die jüdische Kommunistin wurde 1945 aus dem Ghetto und Polizeigefängnis Theresienstadt von der Roten Armee befreit. Wie sollte es danach weitergehen? 2005 sagte sie: »1945 war eigentlich keine Zeit großer Visionen. Und dennoch gab es sie. Für mich war es die eines friedliebenden Landes, frei von Antisemitismus, frei von Diskriminierung, eines Landes, das die Opfer der NS-Zeit mit Kleidung, Wohnung, Nahrung, Wärme umgibt, das versucht für Schäden aufzukommen, die es angerichtet hatte in Europa.« Doch ihre Hoffnungen wurden enttäuscht.

»Konfrontiere ich meine Visionen mit der heutigen Realität, ist das Ergebnis entmutigend. Gewiss, die BRD ist demokratisch – aber wahrhaft demokratisch? Wehrhaft demokratisch? [...] Ist dies Land frei von Antisemitismus – gewiss nicht, wir wissen das. [...] Frei von jeder Diskriminierung? Frei von Fremdenfeindlichkeit? Es fehlt immer noch und immer wieder die Zivilcourage, die zur Demokratie gehört. Was also bleibt? Meine Vision war eine Illusion, ganz ohne Frage. Und dennoch: Ich habe [...] in diesem Land gelebt und gearbeitet, es kann nicht ganz umsonst gewesen sein. Ich glaube immer noch, auch wenn es schwerfällt, an ein Stückchen Vernunft im Menschen.« Und an uns richtete sie den Aufruf: »Ihr seid dran, diese Vernunft am Leben zu halten, die nächste, die übernächste Generation.«

Wanda Edelmann, Hellmut Kalbitzer, Paul Bebert, Josef Gottlieb, Elsa Werner – ihre Hoffnungen stehen nur exemplarisch für die Hoffnungen der Überlebenden und Befreiten,

die sich nach Jahren des Martyriums und nach dem Zivilisationsbruch des Holocaust fragten, wie eine Zukunft aussehen könnte. 78 Jahre nach der Befreiung sind nur noch sehr wenige Überlebende unter uns. Doch sie haben uns die Aufgabe übertragen, ihre Erinnerungen am Leben zu halten und ihre uneingelösten Hoffnungen einzulösen.

Wir wissen heute,

dass die Visionen der Überlebenden immer noch hart erkämpft werden, und die Errungenschaften weiterhin verteidigt werden müssen. 2023 haben Rassismus, Chauvinismus, Antifeminismus, Antisemitismus und Antiziganismus, Islamfeindlichkeit – alle-samt Ideologien zur Begründung sozialer Ungleichheit und gesellschaftlicher Ausgrenzung – Konjunktur. Gedenken bedeutet aus der Vergangenheit zu lernen und eine Vision der Zukunft ohne Faschismus, Krieg, Verfolgung und Diskriminierung zu entwickeln – besonders in einer Zeit, in der die Losung »Nie wieder Krieg« durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und die zahlreichen weiteren Kriege in der Welt brutal unterlaufen wird.

In einer Demokratie sind wir viele, wir sind weder machtlos noch ohnmächtig: Am 8. Mai und an jedem Tag ist es an

uns, dass wir uns Menschenfeindlichkeit aktiv entgegenstellen. Damit sich die Geschichte nicht wiederholt, brauchen wir eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – dafür braucht es Zeit und angemessene Orte der Erinnerung und des Lernens. Orte, die das Gedenken an die Opfer und Verfolgten mit dem Austausch über die Perspektiven einer Welt unter dem Motto »Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus« ermöglichen. Dazu müssen diese Orte in öffentlicher Hand sein, da nur so eine angemessene Erinnerungsarbeit ohne Anpassungsdruck an die Marktzwänge möglich ist. Gedenken darf nicht privatisiert werden!

Antifaschismus muss Grundlage unserer Gesellschaft sein!

Gerade jetzt, in Zeiten, in denen rechte Kräfte Morgenluft wittern und rechter Terror auf der Tagesordnung steht, brauchen wir eine klare Haltung. Wir brauchen einen neuen Konsens, dass Antifaschismus Grundlage unserer Gesellschaft ist und bleibt, damit rassistische und faschistische Ideologie und Gewalt in dieser keinen Platz mehr hat!

Dafür streiten wir gemeinsam am 8. Mai 2023 und an *jedem* anderen Tag des Jahres!

Samstag, 6. Mai 2023

Demonstration: 13.00 Uhr, ab Curio-Haus (Rothenbaumchaussee 11), bis Rathausmarkt, u.a. mit Beiträgen von VVN-BdA, Auschwitz-Komitee, Initiative Gedenkort Stadthaus und DGB.



Montag, 8. Mai 2023

Befreiungsfest: 16.00 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz, u.a. mit Beiträgen und Musik von Lina und die Roten Sterne, der Zeitzeugin Antje Kosemund, der Nationalen Vereinigung der Partisanen Italiens (ANPI), der Gruppe Resistencia, Musik von Angela Altmann und Peter Schenzer mit Texten von Inés Fabig und Michael Weber. Außerdem präsentieren sich verschiedene Organisationen an Ständen.

Nachtrag zum Ostermarsch 2023:

Aufruf des Parteivorstandes der LINKEN vom März

Stoppt die Eskalation!

Russische Truppen raus aus der Ukraine. Verhandlungen statt Panzer.

Seit über einem Jahr tobt der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Wladimir Putins gegen die Ukraine. Der Krieg bedeutet unendliches Leid, Flucht und Tod für hunderttausende Menschen. Es braucht dringend einen Waffenstillstand und Verhandlungen. Russland muss seine Truppen zurückziehen und die Angriffe auf die zivile Infrastruktur des Landes sofort einstellen.

Waffen schaffen keinen Frieden!

Die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung. Aber mehr Waffenlieferungen für die Ukraine werden nicht zu einem Ende des Krieges führen. Das geht nur mit Verhandlungen und Diplomatie. Stattdessen steigt die Gefahr, dass der Krieg weiter eskaliert und sich weiter hinzieht: Mit immer mehr Toten und mit immer mehr Verwüstung. Ein langer Krieg verbraucht viel Material. Das ist gut für die Rüstungsindustrie. Aber was ist, wenn auch der größte Panzer der Welt nicht zum Sieg der Ukraine führt? Werden als nächstes Kampfjets geliefert? Und was kommt danach? Atomwaffen? Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Stattdessen findet jede Waffe ihren Krieg! Daher müssen die Kriegsparteien zu Verhandlungen gedrängt werden.

DIE LINKE sagt: Raus aus der Eskalation!

- Wir fordern Bundesregierung auf, keine weiteren Waffen in die Ukraine zu liefern und die Eskalationsspirale zu durchbrechen.
- Die Bundesregierung, die EU und die internationale Gemeinschaft müssen sich für die Aufnahme von Verhandlungen und diplomatische Initiativen einsetzen. Die gesellschaftliche Debatte muss raus aus der Einbahnstraße der militärischen Eskalation!
- Waffenstillstandsverhandlungen müssen unter dem Dach der UNO beginnen.

- Es braucht gezielte Sanktionen gegen die russische Machtelite und Russlands militärisch-industriellen Komplex. Gleichzeitig braucht es klare Bedingungen für ihre Aufhebung. Sie sollten aufgehoben werden, wenn sich das russische Militär auf seine (offiziellen) Positionen vom 23. Februar 2022 zurückzieht.
- Alle Seiten müssen garantieren, dass sie keine Atomwaffen einsetzen werden. Humanitäre Hilfe für die Ukraine! Die Schulden müssen erlassen werden.
- Humanitäre Hilfe für die Ukraine! Die Schulden müssen erlassen werden.
- Schnelle Hilfe für alle Geflüchteten! Kriegsdienstverweigerer aus Russland und der Ukraine müssen Asyl bekommen.
- Die Rüstungskonzerne machen Extraprofite. Diese Profite müssen mit einer Übergewinnsteuer abgeschöpft werden!
- Militarisierung stoppen! Der Ukrainekrieg wurde bereits genutzt, um die Bundeswehr mit 100 Mrd. Euro aufzurüsten. Was für ein Wahnsinn! An die kaputtgesparten Kliniken und die maroden Schulen denkt die Bundesregierung stattdessen nicht.

DIE LINKE steht für Frieden und Völkerrecht. Auf Friedensdemonstrationen und Ostermärschen ist DIE LINKE auf der Straße. Lasst uns gemeinsam stark machen für Verhandlung, Entspannungspolitik und Abrüstung!

www.die-linke.de/mitmachen

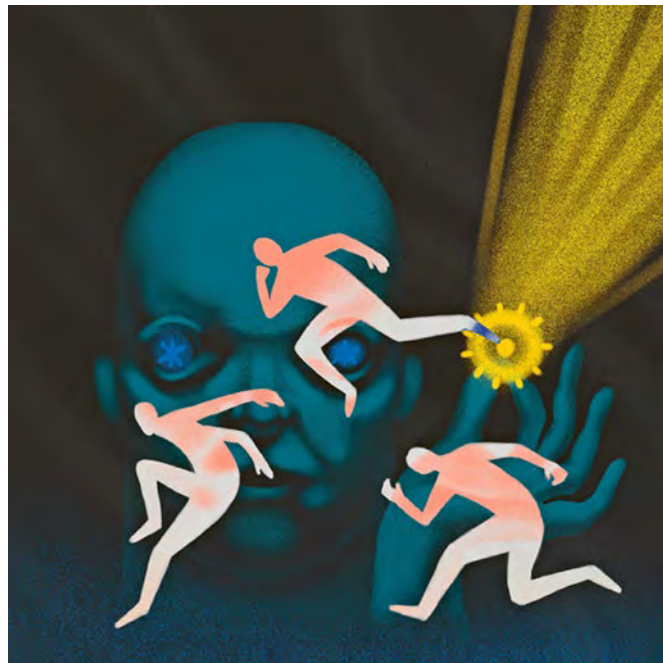


ParteiVorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24009999, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de, V.i.S.d.P. Tobias Bank
6. März 2023

Kultur Tipp

50 Veranstaltungen zu »Tage des Exils«

Seit 2016 finden »Tage des Exils« statt, dieses Mal im Zeitraum 11. April bis 12. Mai. Auch wenn die ersten Veranstaltungen bereits passé sind, bieten die verbleibenden Termine doch einen vielfältigen Eindruck der während der Nazizeit zwischen 1933 und 1945 verdrängten, untergetauchten, ausgewanderten und teilweise auch inhaftierten und ermordeten Autor:innen. Unter der Ägide der Körber-Stiftung wird dazu eingeladen, »historischen und aktuellen Exilerfahrungen nachzugehen und über die Frage ins Gespräch zu kommen, welche Bedeutung Zugehörigkeit, Fremdheit oder Entwurzelung haben«, so die Veranstalter. »Wir freuen uns sehr, dass die fünfte Auflage der Tage des Exils in Hamburg nach pandemiebedingten Anpassungen wieder hauptsächlich in Präsenz stattfindet. In Kooperation mit vielen Institutionen und Initiativen ist es erneut gelungen, ein abwechslungsreiches Programm mit Ausstellungen, Lesungen, Diskussionen, Führungen, Theater- und Filmaufführungen und mehr zusammenzustellen.« Schirmherrin der diesjährigen Tage ist Swetlana Tichanowskaja, Bürgerrechtlerin und Oppositionspolitikerin aus Belarusland, die selbst in Litauen im Exil lebt.



Das umfangreiche Programm (<https://koerber-stiftung.de/projekte/tage-des-exils/2023-hamburg/>) thematisiert u. a. mit »Stimmen aus Südamerika« deutsch-jüdische Lebenswege und beleuchtet »Fluchtbewegungen aus Kriegs- und Krisengebieten« (beides am 18.4.). Am 19. April wird um 19.30 Uhr in der Ev. Gemeinde-Akademie Blankenese (Mühlenberger Weg 64a) die noch bis zum 2. Mai laufende **Ausstellung »Über die Meere ins Exil (1933–1941)«** eröffnet. Am 23. April, 16.00 Uhr, gibt es am Gedenkort »denk.mal Hannover-scher Bahnhof« (Lohseplatz) einen **Themenrundgang**, der an die »Erzwungene Emigration. Verfolgung und Flucht« von Tausenden Hamburger Jüdinnen und Juden erinnert. Und am 24. April, um 19.00 Uhr im Körber-Forum (Kehrwieder 12) würdigt das Berliner Sonar Quartett den iranischen Komponisten Mehdi Jaladi mit einem **Konzert**. Alle näheren Angaben, die Eintrittspreise und Anmeldebedingungen sind dem Programm im Netz oder ausgelegt u. a. in den Bücherhallen zu entnehmen. ♦

https://koerber-stiftung.de/site/assets/files/27892/tagedesexils_hamburg_programm_digital.pdf

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg